

Der Vorsitzende

ARBEITERWOHLFAHRT

Arbeiterwohlfahrt, Metzger Straße 15, 4000 Düsseldorf 30

Bundesvorstand der  
Arbeiterwohlfahrt  
Oppelner Str. 130  
  
5300 Bonn 1

27.05.1987

Metzger Straße 15  
4000 Düsseldorf 30  
~~XXXXXXXXXXXX~~

Mitarbeiter(in): Fr. Wilkens  
(0211 - 8995101)

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Diktat-Zeichen Saa/W	Akt-Zeichen	Datum
				26.05.1987

Betr.: Fachpolitisches Programm (FPP)

Lieber Hermann, liebe Freundinnen und Freunde,

um zu vermeiden, daß in Kassel ein ähnliches Unbehagen aufkommt, wie wir es in Dortmund erlebt haben, sind wir am Niederrhein diesmal etwas gründlicher an die Sache herangegangen.

Unter Einbeziehung der „Basis“ haben wir Arbeitsgruppen gebildet, die sich sowohl mit den einzelnen Kapiteln als auch mit Struktur und Inhalt des FPP insgesamt beschäftigt haben.

Das Ergebnis der Arbeit ist der anliegende komplette „Alternativentwurf“.

Wegen der neuen Gliederung und der anderen Schwerpunkte wird es schwierig sein, unseren Entwurf in die Dortmunder Vorlage einzubauen.

Deshalb stellt der Bezirksverband Niederrhein folgenden

Antrag an die Bundeskonferenz in Kassel:

Die Bundeskonferenz möge beschließen:

Der Alternativentwurf des Bezirksverbandes der Arbeiterwohlfahrt Niederrhein wird Beratungsgrundlage.

Ich bitte dafür zu sorgen, daß der Entwurf den anderen Bezirks- und Landesverbänden möglichst umgehend zur Kenntnis gegeben wird.

Mit freundlichen Grüßen

( Paul Saatkamp )

Antrag der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e.V. an die

Bundeskonzferenz in Kassel

Arbeiterwohlfahrt in Staat und Gesellschaft

- Fachpolitisches Programm -

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

## GLIEDERUNG

	Seite
0. Einführung.....	1
1. Grundsatzpositionen.....	2
2. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen.....	5
3. Fachpolitik.....	8
3.1 Arbeitsmarktpolitik.....	8
3.2 Allgemeine Sozialpolitik.....	11
3.3 Jugendpolitik.....	17
3.4 Familienpolitik.....	23
3.5 Politik für das Alter.....	27
3.6 Gesundheitspolitik.....	39
3.7 Ausländerpolitik.....	45
3.8 Internationale Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt.....	48
4. Verbandspolitik.....	51
4.1 Rahmenbedingungen.....	51
4.2 Die Arbeiterwohlfahrt - eine Mitgliederorganisation.....	52
4.3 Das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt.....	55
4.4 Sozialarbeit und Beratung.....	56
4.5 Sozialplanung.....	57
4.6 Finanzierung.....	58
4.7 Öffentlichkeitsarbeit.....	60
4.8 Neue Aufgabenfelder.....	62
5. Ausblick.....	64

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

0. Einführung

Immer schnellere Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen kennzeichnen unsere Zeit. Damit stellt sich auch die Frage nach dem Sinn und den Möglichkeiten eines langfristig angelegten Fachpolitischen Programms.

Für einen Verband von der Größe und der Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt, ist eine eindeutige Standortbestimmung unerlässlich.

Auch wenn bestimmte grundsätzliche Positionen von den laufenden gesellschaftlichen Veränderungen weitestgehend unberührt bleiben, so heißt das nicht, daß die Arbeiterwohlfahrt diese Prozesse unbeachtet lassen kann. Im Gegenteil, sie muß ihre Fähigkeit zur Erneuerung immer wieder erneut unter Beweis stellen. Nur dann hat sie eine Chance, auch in der Zukunft maßgeblich an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitzuwirken.

Es gilt, die Lebensbedingungen kritisch zu durchleuchten und Stellung zu beziehen. Entwicklungen und damit verbundene Möglichkeiten und Gefahren, im Verband selbst und in der Gesellschaft, müssen aufgezeigt, Ziele gesetzt und Wege und Mittel zur Realisierung dieser Ziele genannt werden.

Das Fachpolitische Programm macht deutlich, daß die Arbeiterwohlfahrt neben der Sozialarbeit in der Zukunft wieder stärker an ihren politischen Auftrag anknüpft. Unser Fachpolitisches Programm versteht sich also nicht als methodisches Handbuch, sondern als Orientierungsrahmen für die hauptamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, für alle Mandatsträger/innen, für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer und für alle, die sich in der Arbeiterwohlfahrt aktiv beteiligen. Es ist somit nicht nur ein Fach-, sondern vor allem auch ein politisches Programm.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

1. Grundsatzpositionen

Die Arbeiterwohlfahrt ist Teil der Arbeiterbewegung. Sie bekennt sich zum freiheitlichen und demokratischen Sozialismus. Das heißt, sie kämpft für soziale Gerechtigkeit, für Solidarität und Freiheit, für ein Leben in Menschenwürde und damit für das Recht auf Arbeit, Bildung und soziale Sicherung für alle und für die Gleichstellung von Mann und Frau.

Gesellschaftspolitisches Ziel ist der soziale Rechtsstaat, in dem sich jeder Mensch in Verantwortung für sich und für das Gemeinwesen behaupten, seine Persönlichkeit frei entfalten und mitverantwortlich für andere leben kann. Kritikfähigkeit, Verantwortungsbewußtsein, Engagement und solidarisches Handeln bestimmen dabei das Menschenbild der Arbeiterwohlfahrt.

Die Umsetzung dieser Ziele erfolgt durch gesellschafts-, sozial- und fachpolitisches Engagement auf allen politischen Ebenen. Schwerpunkt ist die Interessenvertretung bedürftiger und benachteiligter Menschen sowie die Bekämpfung der Ursachen gesellschaftlicher Mißstände. Um den eigenen Zielsetzungen den notwendigen politischen Nachdruck zu verleihen, arbeitet die Arbeiterwohlfahrt mit freundschaftlich verbundenen Organisationen eng zusammen.

Mit ihrer praktischen Arbeit, die sich an den Bedürfnissen und Kompetenzen der Betroffenen orientiert, will die Arbeiterwohlfahrt Hilfe leisten und dazu beitragen, akute Folgen sozialer Mißstände zu beseitigen.

Ein Leitmotiv ist der Vorrang der öffentlichen Verantwortung. Staat und Kommunen sind an erster Stelle bei der Erfüllung des Anspruchs auf soziale Absicherung in Verantwortung zu nehmen. Dem Abbau des Sozialleistungssystems tritt die Arbeiterwohlfahrt entschieden entgegen.

Sie unterstützt Aktivitäten auf der Grundlage praktischer Solidarität, gegenseitiger Hilfe und Selbsthilfe. Sie fördert neue Formen gemeinsamen Lebens, Wohnens und Arbeitens, die helfen können, die Folgen gesellschaftlicher Isolation zu überwinden.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Die Gleichberechtigung der Frau ist seit dem Bestehen der Bundesrepublik im Grundgesetz verankert. Trotzdem gibt es nach wie vor kaum einen gesellschaftlichen Bereich, in dem Frauen nicht von Benachteiligung betroffen sind. Die Arbeiterwohlfahrt setzt sich für eine eigenständige Frauenpolitik ein, um zu gewährleisten, daß jede politische Entscheidung daraufhin überprüft wird, ob sie dem Ziel der Gleichberechtigung dient. Frauen müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen ohne Benachteiligung leben können. Mit einer Politik, an der Männer und Frauen gleichermaßen beteiligt sind, verbindet die Arbeiterwohlfahrt die Vorstellung einer Weiterentwicklung der Gesellschaft zu mehr Partnerschaftlichkeit und Solidarität, mehr Freiheit und gegenseitiger Rücksichtnahme und weniger Gewalt.

Das Recht auf Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen nimmt mit zunehmendem Alter keineswegs ab. Das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben bedeutet somit nicht, zum Menschen zweiter Klasse zu werden. "Jugendlichkeit" als bestimmender Wertmaßstab für alle Altersgruppen, widerspricht den Vorstellungen der Arbeiterwohlfahrt von einer Gesellschaft, in der alle Gruppierungen gleichberechtigt und gleich beteiligt zusammenleben. Der Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft nimmt weiterhin zu. Die damit verbundenen Konsequenzen und Probleme müssen bewußtgemacht und bewältigt werden. Durch einen stärkeren Austausch zwischen jüngeren und älteren Menschen gewinnen beide, aber auch die gesamte Gemeinschaft.

Gleiches gilt für die ausländischen Mitbürger in unserem Land. Wenn sie hier leben und arbeiten, haben sie auch das Recht auf menschenwürdige Behandlung und Eingliederung in die Gesellschaft.

Die soziale Arbeit der Arbeiterwohlfahrt ist bestimmt durch eine ganzheitliche Betrachtungsweise. Der einzelne Mensch wird in der Verflechtung seiner sozialen Beziehungen gesehen. Das heißt, sie begnügt sich also nicht mit der Bekämpfung von Symptomen, sondern will die Ursachen gesellschaftlicher Probleme aufdecken, um auf dieser Grundlage langfristig wirksame Abhilfe zu schaffen.

Mit einer selbstkritischen Überprüfung von Praxis und Konzeption leistet die Arbeiterwohlfahrt einen Beitrag zur fachlichen Weiterentwicklung vor allem in den Bereichen der Jugendhilfe, der Sozial- und Bildungsarbeit.

Zur Sicherstellung erfolgreicher und effektiver Arbeit, ist die Arbeiterwohlfahrt ständig bemüht, durch Weiterbildung die Fähigkeiten der Mitarbeiter zu verbessern sowie die organisatorischen Strukturen auf Schwachpunkte zu untersuchen.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Die Bildungsarbeit der Arbeiterwohlfahrt wurzelt in der Tradition der Arbeiterbildungsvereine. Durch Bildung beschreibt der Mensch seinen Weg zu Mündigkeit und Selbstbestimmung. Bildung dient auch der Überwindung von gesellschaftlicher Benachteiligung und ist untrennbar mit der Gestaltung der Demokratie nach den Werten des demokratischen Sozialismus verbunden.

Bildung ist ein ganzheitlicher, lebenslanger Prozeß und bezieht sich nicht nur auf die geistigen Fähigkeiten, sondern auch auf die Entfaltung von Bedürfnissen, Gefühlen und körperlichen Eigenschaften.

Das gesellschaftspolitische Engagement der Arbeiterwohlfahrt darf Fragestellungen von grundsätzlicher Bedeutung, insbesondere in den Bereichen der Friedens-, Entwicklungshilfe- und Umweltpolitik, nicht außer acht lassen. Die Fortsetzung der Hochrüstungspolitik bedeutet nicht nur die Bedrohung des Friedens. Sie geht auch zu Lasten der Finanzierung anderer gesellschaftlicher Aufgaben, vor allem im sozialen Bereich. Sie ist außerdem mitverantwortlich für die Armut in der sogenannten "Dritten Welt". Dieses, in den Entwicklungsländern entstehende, Konfliktpotential und die Zerstörung der Umwelt, müssen als existenzbedrohende Gefahren bewußt gemacht, und ihre Beseitigung umgehend in Angriff genommen werden.

## 2. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Den Gefahrenpotentialen - Umweltzerstörung, Erschöpfung der Ressourcen, atomare Bedrohung, Verschuldung der Entwicklungsländer, Arbeitslosigkeit, Risiken der Neuen Technologien - steht die Ratlosigkeit der politisch Verantwortlichen gegenüber. Weder blinder Fortschrittsglaube, noch das Vertrauen in vermeintlich vorhandene Selbstheilungskräfte liefern die dringend notwendigen Antworten auf die anstehenden Fragen. Nur die Anstrengung und die Beteiligung möglichst vieler Menschen bietet die Chance, neue Gefahren rechtzeitig zu erkennen und bestehende abzuwenden.

Hochindustrialisierte Länder, wie die Bundesrepublik Deutschland, sind besonders intensiv von solchen Veränderungen betroffen. Die wissenschaftliche und technologische Entwicklung beeinflusst maßgeblich alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Es gilt, die positiven Möglichkeiten - Humanisierung der Arbeit, mehr Freizeit - zu nutzen, gleichzeitig aber Gefahren rechtzeitig zu erkennen und Mißbrauch zu bekämpfen. Das betrifft besonders die Bereiche Informationstechnik und Gentechnologie. Experimente mit menschlichem Leben, die Freisetzung gentechnisch manipulierter Mikroorganismen oder 'Neue Medien' und immer perfektere Überwachungsmöglichkeiten bilden Gefahrenpotentiale, die in ihrem vollen Umfang noch gar nicht abzuschätzen sind.

Angesichts dieser Tatsachen muß die Arbeiterwohlfaht dazu beitragen Öffentlichkeit zu schaffen. Sie muß möglichst viele Menschen durch verständliche Informationen, aber auch durch klare Stellungnahmen auf solche Gefahren aufmerksam machen. Die Politik bleibt in der Regel um Jahre hinter der technologischen Entwicklung zurück, wird schließlich mit den vollendeten Tatsachen konfrontiert und muß dann den 'Sachzwängen' wesentliche Grundsatzpositionen opfern. Druck der Öffentlichkeit kann dazu beitragen Entscheidungsprozesse zu beschleunigen, und Kontrollmöglichkeiten rechtzeitig wirksam werden zu lassen.

In Abhängigkeit von der technologischen Entwicklung, vollziehen sich einschneidende Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Rationalisierung, anhaltende hohe Arbeitslosigkeit, wachsende Armut und soziale Konflikte sind Ursache für die zunehmende Spaltung der Gesellschaft.

Steigende Produktivität und Rationalisierung dürfen nicht dazu führen, daß zunehmend mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit abgedrängt werden, sondern müssen zu einer anderen Verteilung von Arbeit und Einkommen führen. Für die Zukunft ist es unumgänglich, die Finanzierung sozialer Leistungen - insbesondere der Renten - auf eine neue Basis zu stellen.

Erwerbsarbeit wird - auf absehbare Zeit - weiterhin unsere Gesellschaft prägen. Sie sichert die Existenzgrundlagen und bestimmt maßgeblich die persönliche Entwicklung des Einzelnen. Wer einer Erwerbstätigkeit nachgehen will, muß deshalb die Möglichkeit dazu erhalten.

Der gesellschaftliche Stellenwert der Lohnarbeit hat sich allerdings gewandelt. Immer häufiger besteht der Wunsch nach sinnvoller, nicht fremdbestimmter Arbeit. Die Menschen wollen wissen, warum und wofür sie ihre Kräfte einsetzen.

Die Chance, zunehmende Freizeit verstärkt in den Dienst an der Solidargemeinschaft zu stellen, muß durch Initiativen und Unterstützung des Staates, der Kommunen und der Wohlfahrtsverbände genutzt werden. Eine sinnvolle Freizeitgestaltung wird für viele Menschen zum Problembereich. Die Arbeiterwohlfaht bietet Möglichkeiten durch selbstbestimmtes Handeln anderen Menschen zu helfen und selbst Befriedigung zu erfahren.

Die Bildungspolitik der letzten Jahre hat für breite Kreise der Bevölkerung die Chancenungleichheit verfestigt. Die weitgehende Festschreibung der Aufgliederung in Schulformen und die damit verbundene Abschaffung der Durchlässigkeit führt bei Kindern bereits in einer frühen Phase zu einer Festschreibung der sozialen Schichtung. Der Ansatz sozial bedingten Lernbarrieren durch eine besondere Förderung zu begegnen, wurde weitgehend einem neuen Elitedenken geopfert. Höhere Bildungsabschlüsse sind wieder zunehmend privilegierten Schichten vorbehalten. Der Zugang zum Zweiten Bildungsweg ist außerordentlich erschwert, da Berufs- und Lebenserfahrung als eine Voraussetzung für den Einstieg in ein Studium keine Anerkennung finden.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

*Auch im Bildungswesen, wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen, wird ein weiterer Mißstand deutlich: Frauen sind zwar formal gleichberechtigt, auf dem Papier stehen ihnen alle Möglichkeiten offen, das Leben in unserer Gesellschaft ist davon aber weit entfernt. Traditionelle Rollenverteilung, Benachteiligung, Mehrfachbelastung durch Arbeit und Familie und Gewalt gegen Frauen machen partnerschaftliches Verhalten in der Regel unmöglich.*

*Das Thema Schwangerschaftsabbruch rückt wieder zunehmend in den Vordergrund. Die Arbeiterwohlfahrt tritt dafür ein, daß sich jede Frau, die sich in einem Schwangerschaftskonflikt befindet, ohne Druck, frei für oder gegen Fortsetzung der Schwangerschaft entscheiden kann.*

*Deshalb fordert die Arbeiterwohlfahrt nach wie vor die Einführung der Fristenlösung.*

*Unabhängig davon wehrt sie sich entschieden gegen weitere Abstriche an der bestehenden gesetzlichen Regelung.*

*Die Durchsetzung gleichberechtigter und partnerschaftlicher Beziehungen verlangt das Aufbrechen der traditionellen Rollenverteilung zwischen Mann und Frau. Hierbei sind besonders alle Einrichtungen gefordert, die bei der Erziehung der Kinder Verantwortung tragen.*

*Die Verschärfung der Gegensätze und Konflikte in unserer Gesellschaft - ein Beispiel dafür ist auch die zunehmende Ausländerfeindlichkeit - erfordert grundlegende strukturelle Veränderungen. Der Stellenwert der Sozialpolitik muß an Bedeutung gewinnen, die soziale Grundsicherung garantiert und eine gerechtere Einkommensverteilung geschaffen werden. Eine Veränderung der Finanzierungsmodalitäten in Teilbereichen unseres Systems der sozialen Sicherung ist dringend erforderlich.*

*Eine aktive und problembewußte Sozialpolitik ist Grundvoraussetzung dafür, um gesellschaftsübergreifende Probleme in den Griff zu bekommen und damit auch das Überleben der demokratischen Gesellschaft zu sichern. Die Arbeiterwohlfahrt darf keinesfalls zulassen, daß einzelne Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt und zugunsten anderer benachteiligt werden. Ebenso wenig kann sie es hinnehmen, daß die Bedingungen am Arbeitsmarkt zur Spaltung der Gesellschaft führen.*

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

### 3. Fachpolitik

#### 3.1 Arbeitsmarktpolitik

*Zum gegenwärtigen Zeitpunkt existieren in der Bundesrepublik Deutschland nebeneinander Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Wohlstand.*

*Parallel dazu erfolgt ein zunehmender Abbau der sozialen Sicherung, bis hin zur gesellschaftlichen Ausgrenzung von Arbeitslosen.*

*Da Erwerbsarbeit auch zukünftig unsere Gesellschaft prägen wird, berufliche Arbeit also weiterhin für die Existenzsicherung unabdingbar bleibt, muß jeder Mensch, der einer Erwerbsarbeit nachgehen will - zur Sicherung eines menschenwürdigen Daseins - auch die Möglichkeit dazu erhalten.*

*Dauerarbeitslosigkeit ist ein Tatbestand, der politisch zu verantworten ist und gegen die Würde des Menschen verstößt. Wirtschaftliches Gewinnstreben führt dazu, daß immer mehr Arbeitslose zu Langzeitarbeitslosen werden. Die fortschreitende technologische Entwicklung und weitere Rationalisierung nehmen diesen Menschen jede Chance wieder Arbeit zu finden.*

*Wenn nicht mehr genügend Erwerbsmöglichkeiten für alle da sind, müssen die vorhandenen gerechter als bisher verteilt werden.*

*Erwerbsarbeit zu schaffen, ist auch Aufgabe des Staates.*

*Die Finanzierung von Arbeitslosigkeit, mit ihren Folgekosten, ist mindestens ebenso teuer, wie die Schaffung und Unterhaltung neuer Arbeitsplätze.*

*In unserer Gesellschaft gibt es genügend Aufgabenfelder, die dringend in Angriff genommen werden müssen. Arbeitskräfte dafür sind in ausreichendem Umfang vorhanden.*

*Ebenso ist es eine Angelegenheit der Solidargemeinschaft, Arbeitslosen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Anhaltend hohe Dauer- und vor allem auch Jugendarbeitslosigkeit birgt einen Zündstoff, der für unsere Gesellschaft als existenzbedrohend angesehen werden muß. Die Arbeiterwohlfahrt betont: Fehlende Erwerbsmöglichkeiten sind nicht von den Arbeitslosen zu verantworten.*

## \*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Neben den Jugendlichen sind besonders Frauen von Arbeitslosigkeit betroffen. Die offizielle Statistik drückt diese Tatsache nur unzureichend aus, da viele Frauen darauf verzichten sich überhaupt noch arbeitslos zu melden. Konservative Kräfte versuchen diese Tendenz zu verstärken, indem sie die Zukunft der Frau wieder in der Nähe von Heim und Herd ansiedeln. Verdienstmöglichkeiten für Frauen gibt es am Arbeitsmarkt in noch geringerem Umfang als bei den Männern: Schlecht bezahlte Teilzeitbeschäftigung, sozialversicherungsfreie, stundenweise Aushilfe unter Umständen auf Abruf und andere minderwertige Arbeiten. Bei geschlechtsneutralen Stellenausschreibungen wird - bei gleicher oder besserer Qualifikation der Frau - die Gebärfähigkeit zum Entscheidungskriterium darüber, wer die Stelle bekommt. Die Arbeiterwohlfahrt weist darauf hin, daß Frauen kein Mittel der Arbeitsmarktpolitik sind. Sie haben ein Recht auf Arbeit, bei gleicher Bezahlung für gleiche Leistung und flexibleren Arbeitszeiten, die ein Familienleben auch bei Berufstätigkeit möglich machen.

Eine aktive und offensive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik ist unverzichtbar. Die Arbeiterwohlfahrt fordert:

- Beschäftigungsprogramme, die unmittelbar auf gesellschaftlich relevante und sensible Bereiche einwirken (Arbeit und Umwelt, soziale Infrastruktur)
- Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvolumens auf mehr Menschen durch sinnvolle Verkürzungen der Wochen- und Lebensarbeitszeit, wobei der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit in Verbindung mit einer kürzeren Wochenarbeitszeit im Hinblick auf eine bessere Verbindung von Familien- und Berufspflichten Priorität einzuräumen ist
- Rechtsanspruch auf den Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit, wenn sie aus familiären Gründen unterbrochen wurde
- Geschlechtsunterschiede dürfen bei Stellenvergabe, Entlohnung, Ausbildung und der Behandlung am Arbeitsplatz keine Rolle spielen
- Entwicklung von sinnvollen, beschäftigungswirksamen Möglichkeiten der Qualifizierung (Fortbildung, Ausbildung, Umschulung) für alle Arbeitslosen und Arbeitssuchenden
- Schaffung und Unterhaltung eines subventionierten Arbeitsmarktes in öffentlicher und/oder gemeinnütziger Trägerschaft mit stabilen, tariflich bezahlten und abgesicherten zusätzlichen Arbeitsplätzen für Arbeitnehmer, die auf dem normalen Arbeitsmarkt keine Chance haben
- Entwicklung von Beschäftigungsprogrammen des Bundes und der Länder, hin zu einem echten Instrumentarium zur Schaffung und Unterhaltung dauerhafter und sinnvoller Arbeitsplätze

## \*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

- Finanzierung der genannten Maßnahmen unter anderem mittels der steuerlichen Abschöpfung von Kapital- und Rationalisierungsgewinnen
- Solidarbeitrag aller Selbständigen, Freiberufler und Beamten zur Mitfinanzierung aktiver Beschäftigungspolitik

**Arbeitslose beraten und ihnen helfen**

Eindringlich ist auf die psychosozialen Negativwirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit auf die Betroffenen und deren Familien hinzuweisen. Die Arbeiterwohlfahrt betont die Notwendigkeit und die Vorrangigkeit beschäftigungspolitischer Aktivitäten durch Bund und Länder. Für die Linderung und Beseitigung akuter Folgen von Arbeitslosigkeit

- unterhält die Arbeiterwohlfahrt eigene Beratungs- und Hilfeangebote für Arbeitslose,
- fördert die Einrichtung von Zentren und Treffs für Arbeitslose,
- unterstützt Arbeitslosen-Initiativen,
- leistet einen Beitrag zur Berufsvorbereitung und beruflichen Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen,
- schafft zusätzliche tariflich bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose, insbesondere für Langzeitarbeitslose,
- zeigt Arbeitslosen durch Angebote der politischen Bildung Wege auf, über Angst und Resignation hinwegzukommen und Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Handelns wahrzunehmen,
- arbeitet mit anderen Stellen und Organisationen zusammen.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

### 3.2 Allgemeine Sozialpolitik

#### Das System sozialer Sicherung ausbauen

Im internationalen Vergleich wird der noch immer beachtlich hohe Leistungsstandard aber auch die weitere Ausbaubarkeit unseres Sozialleistungssystems deutlich. Bestehende Unzulänglichkeiten, Defizite, Strukturprobleme und Unstimmigkeiten gilt es aufzuzeigen und zu beseitigen.

Die verschiedenen Teilsysteme sind auf Grund ihrer historischen Entwicklung in ihren Leistungen unterschiedlich ausgeformt und nicht hinreichend aufeinander abgestimmt. Das führt dazu, daß unzureichenden Sozialleistungen auf der einen Seite Sonderrechte, Überversorgung und Privilegien auf der anderen gegenüberstehen.

Das Sozialsystem muß fortlaufend auf Wirksamkeit, Abstimmung und soziale Gerechtigkeit überdacht und weiterentwickelt werden. Ganzheitliche Gesichtspunkte, Bedarfsorientierung und mehr Selbstverwaltung sind in diesem Zusammenhang übergreifende Leitlinien. Soziale Sicherung muß sich in der Zukunft stärker an den Zielsetzungen ausrichten, also daran, was getan werden muß, um einen befriedigenden Zustand zu erreichen. Bedürftigen und notleidenden Menschen muß geholfen werden, unabhängig davon, ob sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen.

Der Grad der sozialen Absicherung wird in unserer Gesellschaft vor allem durch das persönliche Einkommen bestimmt.

Den Stellenwert der Frau in unserer Gesellschaft vergegenwärtigt besonders deutlich ihre finanzielle Situation. Es ist noch immer der Fall, daß gleiche Arbeit ungleich bezahlt wird. Hausarbeit und Kindererziehung werden weder angemessen finanziell honoriert, noch für die spätere Absicherung berücksichtigt. Die Durchschnittsrente der Frau steht in keinem Verhältnis zu der des Mannes.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Für besonders wichtig hält die Arbeiterwohlfahrt:

- mehr Mitwirkung der Betroffenen
- mehr Durchsichtigkeit und Überschaubarkeit unseres Sozialsystems (Vereinfachung und Abbau von unnötiger Bürokratie)
- mehr 'Kommunalisierung' sozialer Politik und damit mehr Bürgernähe
- Verstärkung von Versorgungselementen im Gesamtsystem zu Lasten von Versicherungselementen, zum Beispiel zur Existenzmindestsicherung
- ein wesentlicher Ausbau des Familienlastenausgleichs
- eine Harmonisierung aller Alterssicherungssysteme
- wesentliche Strukturereformen im Gesundheitswesen
- eine Umkehr der bisherigen Wohnungspolitik
- sozialere Steuerpolitik

#### Sozialhilfe weiterentwickeln

Wie eine Gesellschaft mit bedürftigen und schwachen Menschen umgeht, charakterisiert ihre soziale Grundhaltung. Sozialhilfe muß Bedürftigen ein menschenwürdiges Leben in der Gesellschaft garantieren. Vorstellungen vom 'Almosencharakter' dieses Rechtsanspruchs müssen noch weitergehend abgebaut werden.

Die Entwicklung der Sozialhilfe zum 'Lückenbüßer' für unzureichende Leistungen der Renten- und Arbeitslosenversicherung ist rückgängig zu machen. Besonders betroffen sind nicht-erwerbstätige verheiratete und alleinerziehende Frauen. Sich mit dem Leben in der Familie begnügen, also die noch immer gängigen Rollenerwartungen erfüllen, heißt für die Frau gleichzeitig ein hohes finanzielles Risiko einzugehen. Zunehmende Scheidungsraten weisen darauf hin, wie schnell sich die soziale Situation verändern kann. In diesen Zusammenhängen liegt der Ausgangspunkt für die These von der Weiblichkeit der Armut. Die vorrangigen Sicherungssysteme sind so zu gestalten, daß Sozialhilfe nicht mit renten- und versorgungsähnlichen Dauerleistungen belastet wird. Weder Konzeption, noch finanzielle Ausstattung bieten für solche Aufgaben ausreichende Voraussetzungen.

Das Bedarfsdeckungsprinzip muß auch für die Zukunft die tragende Säule des Bundessozialhilfegesetzes bleiben. Sozialhilfe muß sich an den individuellen Bedürfnissen der hilfesuchenden Menschen ausrichten und darf nicht durch Leistungskürzungen ausgehöhlt werden.



\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Sozialplanung durch die Sozialhilfeträger ist unerlässlich. Die Bedarfsermittlung und die Weiterentwicklung der sozialen Dienste und Einrichtungen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden und den Selbsthilfegruppen.

Über kommunale Sozialausschüsse, über Arbeitsgemeinschaften und über die Beteiligung sozialerfahrener Bürger will die Arbeiterwohlfahrt eine gesetzmäßige Sozialhilfe-Praxis gesichert sehen. Bei der Durchsetzung gesetzlicher Ansprüche hilft sie den Betroffenen darüberhinaus mit eigenen Sozialberatungsstellen.

Die Inanspruchnahme Unterhaltspflichtiger nach dem Bundessozialhilfegesetz muß überprüft und gegebenenfalls eingeschränkt werden.

**Bürger und Gruppen in schwierigen Lebenssituationen**

Die augenblickliche Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen führt verstärkt dazu, daß immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Obdachlose, Nichtseßhafte, Straffällige, Suchtabhängige und andere befinden sich in schwierigen und belastenden Lebenssituationen, aus denen sie sich mit eigener Kraft und ohne fremde Hilfe nicht befreien können. Aids-krankte und -infizierte werden stigmatisiert, andere Gruppen, wie beispielsweise Alleinerziehende oder "alte" Menschen unterliegen der Ausgrenzung aus der menschlichen Gemeinschaft, weil ihre wirtschaftliche Situation und/oder ihre Arbeitsbelastung die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht zulassen.

Nur besonders gezielte Hilfen - Einzelhilfe, Gemeinwesenarbeit, soziale Gruppenarbeit, die Aktivierung der Betroffenen - können Gettoisierung, Diskriminierung und das Abgleiten in das gesellschaftliche Abseits und Stigmatisierung in Grenzen halten. Grundsätzlich bleibt zu prüfen, inwieweit Dienste weiterhin nach Zielgruppen oder in der Zukunft stärker nach Problemfeldern - Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Wohnungsnot - einzurichten sind.

Die Arbeiterwohlfahrt wird dazu beitragen, daß das bisherige ausgrenzende und oft unwirksame Hilfe-System einer kurzfristigen Notlagenhilfe ebenso überwunden wird wie die Lückenhaftigkeit und mangelhafte Zusammenarbeit sozialer Dienste verschiedener Träger.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Folgende Beispiele sollen die Forderungen der Arbeiterwohlfahrt konkretisieren:

Hilfen für Obdachlose

Kommunale Sozialarbeit muß dazu beitragen Obdachlosigkeit weitgehend zu vermeiden beziehungsweise möglichst rasch zu beenden. Die Arbeiterwohlfahrt fordert

- die frühzeitige Einschaltung sozialer Dienste bei Räumungsklagen,
- die Übernahme von Mietschulden durch das Sozialamt,
- Hilfen zur Eingliederung in den allgemeinen Wohnungsmarkt, menschenwürdige Unterbringung obdachloser Frauen und Männer,
- vorbeugende Hilfen beim Aufbau einer ausreichenden materiellen Existenzgrundlage durch Arbeitsbeschaffung,
- Hilfen bei der Bewältigung lebenspraktischer Probleme, zum Beispiel Schuldentilgung, Durchsetzen von Rechtsansprüchen, Hilfen beim Umgang mit Behörden,
- sozialpädagogische Betreuung der Betroffenen, insbesondere von Frauen und Kindern und
- die Beseitigung unwürdiger Notunterkünfte.

Hilfen für Straffällige

Die Arbeiterwohlfahrt hält eine wirksame Straffälligenhilfe für dringend erforderlich:

- Straffälligenhilfe darf nicht beschränkt werden auf Haftentlassenenhilfe; sie muß einen ganzheitlichen Arbeitsansatz, unter Einbeziehung des sozialen Umfeldes der Straffälligen, zum Ziel haben.
- Je eher, durchgängiger und umfassender ein breitgefächertes Hilfeangebot zur Verfügung gestellt wird, desto größer ist die Chance, Inhaftierung zu vermeiden oder zu verkürzen und Resozialisierung zu erreichen.
- Justiz- und Sozialpolitik haben sich auf eine durchgehende Straffälligenhilfe vor, während und nach der Haft zu verständigen, einheitliche Finanzierungsgrundsätze zu gewährleisten und die Aufgaben frei-gemeinnütziger Träger abzusichern.
- Eine Neuordnung der sozialen Dienste in der Justiz (Gerichtshilfe, Sozialdienst im Vollzug, Bewährungshilfe) sowie der kommunalen und freien Träger ist erforderlich, damit eine wirksamere Zusammenarbeit ermöglicht wird.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Hilfen für Nichtseßhafte

Für eine wirksamere Nichtseßhaftenhilfe fordert die Arbeiterwohlfahrt insbesondere:

- Die Überwindung gesellschaftlich bedingter Mitursachen für Nichtseßhaftigkeit.
- Die grundlegende Reformierung der Hilfe-Apparatur für Nichtseßhafte. Nur ein umfangreiches Bündel persönlicher und materieller Hilfen kann zumindest einen Teil der Betroffenen den Weg zur Seßhaftigkeit ebnen. Ambulante und stationäre soziale Betreuung sowie Hilfen zur Unterbringung und Beschäftigung müssen aufeinander abgestimmt werden.
- Die rechtlichen Grundlagen dieser Hilfen (insbesondere § 72 BSHG) und ihre Ausführungsbestimmungen müssen dem Bedarf dieser Personengruppe angepaßt werden.
- Die generelle Kostenzuständigkeit der überörtlichen Sozialhilfeträger.

Reform der Rentenversicherung

Die sehr unterschiedlich gestalteten Sicherungssysteme für das Alter sind aneinander anzugleichen. In den historisch gewachsenen, berufsständisch gegliederten Alterssicherungssystemen werden gleiche soziale Tatbestände noch immer ungleich behandelt, werden Leistungen und Finanzierungslasten ungleich und damit ungerecht verteilt, bestehen Lücken und Defizite einerseits und Sonderrechte andererseits.

Bezieher einer Rente dürfen nicht länger - wie viele Frauen in der Bundesrepublik - für die Sicherung ihrer Existenz Hilfen zum Lebensunterhalt beantragen müssen. Die soziale Sicherung im Alter muß darauf abzielen, über die für alle garantierte Grundversicherung hinaus, die Erhaltung des erworbenen Lebensstandards zu gewährleisten. Diese Regelsicherung soll über eine einheitliche Rentenformel für alle Bürger in Anlehnung an die heutige gesetzliche Rentenversicherung gestaltet sein. Die wesentlichen Elemente, wie Versicherungsprinzip, Lohnbezogenheit der Rente, lohnbezogene Rentendynamik, Umlagefinanzierung sowie Bundeszuschuß sind zu erhalten.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Deshalb fordert die Arbeiterwohlfahrt:

- Die Alterssicherungssysteme sind aneinander anzugleichen. Gleiche Tatbestände müssen zu gleichen Leistungen/Belastungen führen. Erworbene Ansprüche unterliegen dabei einer Besitzstandswahrung.
- Die Regelversorgung nach dem Erwerbsleben soll einen Lebensstandard sicherstellen von mindestens 70% des lebensdurchschnittlich erworbenen individuellen Netto- Arbeitseinkommens.
- Die beitragsbezogenen Renten sollen durch bedarfsorientierte Mindestrenten ergänzt werden, um damit allen Ruhegeldempfängern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Für diese Mindestrenten besteht ein Rechtsanspruch, die Finanzierung erfolgt aus Steuermitteln, Einkommen und Vermögen (auch der Ehegatten) werden angerechnet.
- Die Renten sind an die Entwicklung der verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer anzupassen.
- Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen müssen rentensteigernd anerkannt werden.
- Für Arbeitslose hat die Bundesanstalt für Arbeit wieder volle Beiträge zur Rentenversicherung zu leisten.
- Die nachhaltige Verbesserung der Rentensituation für Frauen, vor allem eine eigenständige Altersversorgung
- Der Bund muß wieder voll in seine Verantwortung für die Rentenfinanzierung eingebunden werden.
- Kapitalintensive und rationalisierte Betriebe sollen stärker an der Finanzierung der Renten beteiligt werden. Unabhängig vom lohnbezogenen Arbeitgeberanteil soll zukünftig ein zusätzlicher Netto-Wertschöpfungs-Beitrag solche Unternehmen angemessen am Beitragsaufkommen beteiligen.
- Sachfremde Leistungen der Rentenversicherungsträger sind durch Bundesmittel auszugleichen.
- Eine neue Rentenformel muß so gestaltet werden, daß die Anspruchsberechtigten jederzeit in der Lage sind, ihren derzeitigen Rentenanspruch zu erfahren.

In der Rentenversicherung müssen Regelungen geschaffen werden, die es Arbeitnehmern auch vor Erreichen der Altersruhegrenze erlauben, schrittweise die Erwerbstätigkeit abzubauen.

### 3.3 Jugendpolitik

#### Rechte der Jugend

Unsere Gesellschaft hat die vordringliche Verpflichtung gegenüber der jungen Generation Zukunftsfragen, für die vor allem die Stichworte 'Lernen', 'Ausbildung', 'Arbeit', 'Frieden' und 'Ökologie' stehen, nicht länger zu vernachlässigen. Die Arbeiterwohlfahrt stellt sich der Herausforderung, durch ihr Handeln für eine lebenswerte Zukunft von Kindern und Jugendlichen einzutreten und sie politisch einzufordern.

Der Anspruch junger Menschen auf Chancengleichheit, Teilhabe und Mitbestimmung muß in allen sie betreffenden Rechtsbereichen verwirklicht werden. Die Sicherung der Rechte junger Menschen darf sich nicht auf das Jugendhilferecht beschränken. Notwendig ist es daher, das Recht auf Bildung zu gewährleisten, gegebenenfalls durch materielle Ausgleichsleistungen. Das Recht auf Ausbildung ist in Gesetzen so zu fassen, daß es von jungen Menschen auch durchgesetzt werden kann. Der Jugendarbeitsschutz muß so gestaltet werden, daß der Schutz des jungen Menschen Vorrang vor Produktionszwängen erhält.

Ausländischen Jugendlichen und Heranwachsenden ist ein Rechtsanspruch auf Aufenthaltsberechtigung nach einem fünfjährigen Aufenthalt in der Bundesrepublik einzuräumen. Ausländische Kinder, die in die Bundesrepublik einreisen, sollten so früh zu uns kommen, daß sie voll das deutsche Schulsystem durchlaufen können. Nur so sind gleichberechtigte Lebenschancen zu sichern.

Selbstbestimmung und Kreativität kann jedoch nur erreicht werden, wenn man den Experimentcharakter der Jugendphase anerkennt, ein Recht auf Irrtum, ein Recht auf Risiko und Imitation auch im konkreten Alltag zugesteht. Neue kulturelle Ausdrucksformen müssen anerkannt und gefördert werden.

#### Jugendpolitische Forderungen

Jugendpolitik muß als ressortübergreifende Querschnittspolitik alle gesellschaftlichen Felder, die die Gegenwart und die Zukunft junger Menschen bestimmen, wahrnehmen. Jugendpolitik heißt Verantwortung der Gesellschaft und ihrer Politiker, gegenüber den Lebens- und Entwicklungsbedingungen junger Menschen.

- Die Benachteiligung von Mädchen und Frauen muß die Jugendhilfe beispielgebend ausräumen.

Die Arbeiterwohlfahrt muß aber warnend ihre Stimme erheben, wenn immer mehr junge Menschen was die Wahrnehmung ihrer Grundrechte angeht, auf die Jugendhilfe angewiesen sind.

#### Handlungsfelder der Jugendhilfe

Die folgenden Forderungen richtet die Arbeiterwohlfahrt sowohl an die öffentliche und freie Jugendhilfe als auch an sich selbst:

##### Tageseinrichtungen für Kinder

Tageseinrichtungen für Kinder sind Institutionen, in denen Kinder unterschiedlicher Altersgruppen täglich über einen längeren Zeitraum hinweg pädagogisch betreut werden. Hierzu gehören der Elementarbereich mit seinem Angebot für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren und weitere familienergänzende Formen, wie Horte, altersgemischte Gruppen, Krippen und Kabbelstuben.

Diesbezüglich müssen - im Hinblick auf Chancengleichheit - ausreichend Angebote geschaffen werden, die es jedem Kind auf der Grundlage seiner individuellen Lebenssituation ermöglichen, eine entsprechende Tageseinrichtung in Wohnortnähe zu besuchen.

Die Öffnungszeiten sind so flexibel zu gestalten, daß sie dem Wohl des Kindes und der jeweiligen Familiensituation entsprechen, wobei insbesondere die Lebenslagen Alleinerziehender berücksichtigt werden müssen.

Im Mittelpunkt der Tageseinrichtungen hat die Gesamtpersönlichkeit des Kindes zu stehen, das heißt, die Arbeit ist ausschließlich unter der Frage nach der bestmöglichen altersgemäßen und umfassenden Förderung der Kinder und nach notwendigen sozialpädagogischen Hilfen für Kinder und Familien zu planen und zu leisten. Neben den einzelnen Bildungsbereichen liegt ein besonderer Schwerpunkt bei der Vermittlung sozialer Lernziele in einer partnerschaftlichen und angstfreien Atmosphäre. In diesem Zusammenhang muß sich die Tageseinrichtung für Kinder auch ihrer Verantwortung im Hinblick auf das Aufbrechen traditioneller Rollenverteilung bewußt sein.

Die enge Zusammenarbeit mit den Eltern ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine optimale Förderung des Kindes. Daher sind Grundlagen zu schaffen, die Eltern auf breiter Basis erreichen und einbeziehen.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

*Die Förderung von Ausländerkindern und die Integration behinderter Kinder bleiben weiterhin dringliche Aufgaben.*

*Eine intensive Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule soll den Übergang des Kindes in die Schule sinnvoll erleichtern.*

*Jede Form der Zusammenarbeit mit Elternhaus, Schule und anderen Institutionen bedarf - im Interesse des Kindes - der initiativen und kreativen Ausgestaltung durch die Jugendhilfe.*

*Die Pädagogik in Tageseinrichtungen für Kinder ist unter kinderpsychologischen, erziehungswissenschaftlichen und lerntheoretischen Gesichtspunkten zu überprüfen und weiterzuentwickeln; dies beinhaltet auch das Aufgreifen aktueller Fragen und Probleme dieser Zeit.*

*Um die oben genannten Ansprüche zu erfüllen, müssen ausreichend Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen werden.*

*Grundsätzlich sind gesetzliche Regelungen zu schaffen, die die personellen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für eine zeitgemäße Bildung und Erziehung in allen Formen von Tageseinrichtungen für Kinder sicherstellen.*

Weitere familienergänzende Hilfen

*Zur Förderung des Erziehungsanspruchs von Kindern, zur Verwirklichung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Realisierung eines partnerschaftlichen Familienkonzeptes ist der Ausbau weiterer familienergänzender Hilfen unerlässlich. Neben den Tageseinrichtungen für Kinder, müssen Tagespflegestellen und Erziehungsberatungsstellen sowie auf das Wohngebiet bezogene offene Angebote in qualifizierter Form und ausreichend verfügbar sein. Dies bezieht Angebote für Kinder unter 3 Jahren und Schulkinder ein. Die Öffnungszeiten sind flexibel zu gestalten. Ambulante Hilfen - etwa sozialpädagogische Familienhilfen - müssen ausgebaut werden.*

*Wohngebietsbezogene Zusammenarbeit dieser Einrichtungen und Hilfe (Vernetzung) muß eine Zielsetzung sein.*

Unterbringung außerhalb der Familie

Stationäre und ambulante Hilfen sind gleichberechtigt und ergänzen sich. Die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen außerhalb ihrer 'Herkunftsfamilie' ist immer dann notwendig, wenn ambulante und teilstationäre familienergänzende Hilfen nicht geeignet sind, gesicherte Chancen für Kinder und Jugendliche zu gewährleisten. Geschlossene Unterbringung wird abgelehnt; die Arbeiterwohlfahrt entwickelt hierzu alternative Konzepte. Die in den letzten Jahren vorangetriebene Differenzierung und Dezentralisierung - Ausbau von Verbundsystemen stationärer und ambulanter Hilfen, schulische und berufliche Qualifizierung, Therapie, Familienwohngruppen, Außenwohnungen, Jugendwohngemeinschaften und betreutes Einzelwohnen - ist fortzuführen. Die Heranführung von jungen Menschen an die reale Lebenssituation muß einen stärkeren Stellenwert erhalten. Hierzu gehört auch die konsequente Verfolgung des Prinzips der selbstständigen Versorgung und Verpflegung der Gruppen, sowie der regionalen Unterbringung von Kindern und Jugendlichen. Neue Konzepte müssen öffentlichkeitswirksam vertreten werden.

Die Nachbetreuung aus Heimen entlassener junger Erwachsener muß als Aufgabe der Jugendhilfe abgesichert werden. Im Adoptions- und Pflegekinderwesen ist die sorgfältige Vorbereitung der aufnehmenden Familien bzw. der Adoptiveltern, die intensive Beratung, die kontinuierliche Begleitung erforderlich.

Jugendberufshilfe

Jugendhilfe muß über Beratung, Betreuung, berufsvorbereitende und berufshinführende Maßnahmen hinaus, auch Ausbildungs- und Arbeitsplatzprojekte durchführen. Diese müssen die jungen Menschen materiell absichern und sie sozialpädagogisch unterstützen. Dabei ist darauf zu achten, daß Ausbildungs- und Arbeitsplätze auch Perspektiven eröffnen. Das freiwillige soziale Jahr ist zu einem Berufsfindungsjahr auszubauen und entsprechend zu finanzieren.

Sozialarbeit in Schulen

Schulsozialarbeit ist Aufgabe der Jugendhilfe. In der Schulsozialarbeit wurde der Ansatz offensiver Jugendhilfe aufgegriffen und zu 'Sozialarbeit in der Schule' weiterentwickelt. Gemäß dem Prinzip der Chancengleichheit, muß Schulsozialarbeit vor allem an Grund- und Hauptschulen praktiziert werden. Schulsozialarbeit

ergänzt die schulische Arbeit durch komplementäre Angebote und Leistungen, die auf das soziale Umfeld abgestimmt sind. Sie orientiert sich an dem Ziel einer Gemeinwesenschule, die sich der Umwelt der Schüler öffnet und die Erschließung außerschulischer Lebenswelten fördert.

Jugendhilfe in der Schule sieht sich in einer Scharnierfunktion zwischen diesen Sozialisationsbereichen. Insbesondere greift sie jene Anteile des Gesamterziehungsprozesses auf, die aus der pädagogischen Praxis der Schule herausfallen, z.B. die Förderung und Stabilisierung von Selbstwert und die Entwicklung von Lebensperspektiven. Modellhafte Projekte, die positive Veränderungen bewirken, müssen als Regeleinrichtungen abgesichert werden.

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Kinder und Jugendliche sollen u.a. im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit lernen,

- ihre Lebensverhältnisse bewußt wahrzunehmen und zu gestalten,
- ihre eigenen Interessen zu vertreten,
- solidarisches Verhalten einzuüben,
- Andersdenkende zu tolerieren,
- neue kulturelle Formen zu entwickeln.

Kinder- und Jugendarbeit vermag Erfahrungsräume zu schaffen, die junge Menschen zur Selbstfindung und zur Selbstbestimmung benötigen. Deshalb ist die Kinder- und Jugendarbeit (Ferienwerk, Stadtranderholung, pädagogisch betreute Abenteuerspielplätze, Spielmobile, Jugendzentren und -treffs u.a.m.) unbedingt auszubauen. Mädchenarbeit ist besonders zu fördern und zu unterstützen. Die offene Jugendarbeit eignet sich besonders den partnerschaftlichen Umgang der Kinder und Jugendlichen zu üben und zu praktizieren. Dabei sind insbesondere Kinder und Jugendliche zu fördern, die von Ausgrenzung bedroht sind. Gerade die offene Jugendarbeit muß sich sozialen, kulturellen und jugendpolitischen Entwicklungen und Themen gegenüber aufgeschlossen zeigen.

Dem Bestreben von Menschen, sich zusammenzuschließen oder in demokratischen Gruppen und Verbänden zu organisieren, kommt eine besondere Bedeutung zu. Dies wird durch die Arbeiterwohlfahrt in besonderem Maße unterstützt.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

### 3.4 Familienpolitik

#### Veränderte Familienstrukturen

Langfristige Trends, die sich in allen hochindustrialisierten Gesellschaften - unabhängig vom politischen System - in ähnlichem Maß auswirken, haben die Erscheinungsformen der Familie verändert, so daß heute nicht mehr von einem einzigen "normalen" Familientyp ausgegangen werden kann:

- Das Heiratsalter von Frauen und Männern steigt.
- Die Zahl der Kinder geht zurück. Immer mehr Kinder wachsen ohne Geschwister auf.
- Immer mehr verheiratete Frauen und Mütter minderjähriger Kinder sind erwerbstätig.
- Immer mehr Ehen werden geschieden.
- Auch die Wiederverheiratsquote beginnt zu sinken.
- Die Zahl der Alleinerziehenden und der Alleinlebenden nimmt zu.
- Immer mehr Menschen entscheiden sich dazu, unverheiratet zusammen zu leben.
- Ehe wird nicht mehr durchgängig als Voraussetzung für Elternschaft gesehen. Diese Entwicklung ist weitgehend gesellschaftlich akzeptiert. Die Kinder, die geboren werden, sind in der Mehrzahl geplant und erwünscht und Elternschaft wird - auch von Alleinerziehenden - mit großer Verantwortung gelebt.

#### Familienpolitische Leitlinien

Familienpolitik muß diesen veränderten Lebensformen Rechnung tragen.

Familie ist eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft mehrerer oder eines Erwachsenen mit einem oder mehreren Kindern.

Staatliche Förderung der Familie sollte nicht an einem bestimmten Familientyp ansetzen, ihn als "normal" voraussetzen und besonders privilegieren. Vor allem die Kindererziehung bedarf staatlicher Unterstützung. Nur so lassen sich auch für die Kinder einkommensschwacher Eltern gute Entwicklungsmöglichkeiten schaffen.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Der Familienlastenausgleich ist grundlegend zu reformieren und für unterdurchschnittlich verdienende Familien zu verbessern. Er sollte ausschließlich an die Kinderzahl anknüpfen, bedarfsgerecht gestaltet und am Einkommen - im Sinne eines echten Lastenausgleichs - orientiert sein. Eine Kernforderung bleibt ein höheres, einkommensdifferenziertes, direktes Kindergeld und eine Verminderung von steuerlichen Kinderfreibeträgen, die hohe Einkommen begünstigen.

#### Familie, Arbeitswelt und Wohnen

Die Gleichstellung von Mann und Frau muß auch im familiären Zusammenleben in die Tat umgesetzt werden. Männer müssen ihren Anteil in der Familie und bei der Kindererziehung übernehmen. Sie dürfen nicht mehr länger alleine dafür zuständig sein, den Unterhalt für die Familie zu verdienen. Diese Ziele können nur durch wesentliche Veränderungen der Arbeitswelt wie etwa Verkürzung der Arbeitszeit - insbesondere der Tages- und Wochenarbeitszeit - erreicht werden.

Es darf nicht so bleiben, daß Leistungen für die Erziehung von Kindern in der Familie dazu führen, im System der sozialen Sicherung schlechter gestellt zu sein. Arbeits- und versicherungsrechtliche Neuregelungen müssen hier Abhilfe schaffen.

Für alle Familienmitglieder - in welcher Art des Zusammenlebens auch immer - muß es gewährleistet sein, daß sie ihre Persönlichkeit frei entfalten können. Es sind gesellschaftliche Voraussetzungen zu schaffen, die den Eltern die freie Entscheidung ermöglichen, berufstätig zu sein und/oder Aufgaben in der Familie und bei der Kindererziehung zu übernehmen. Dazu gehört vor allem auch ein differenzierteres und geschlechtsunabhängiges Angebot an Arbeitsplätzen. Erwerbsarbeit muß - auch in ihren rechtlichen Festlegungen - so gestaltet werden, daß das Zusammenleben in der Familie gefördert beziehungsweise überhaupt ermöglicht wird.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit führt verstärkt dazu, daß Konflikte in die Familien hineingetragen beziehungsweise verschärft werden. Diesem Tatbestand muß durch aktive Beschäftigungspolitik begegnet werden.

Familien brauchen genügend preiswerte, geräumige und kindgerechte Wohnungen. Für Kinder sind Gemeinschaftsräume, sichere Spielflächen und freie Räume, die Kreativität und Phantasie anregen, vorzusehen. Die Familien müssen bei den Planungen beteiligt werden.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

**Familienbildung und -beratung**

Familien haben einen Anspruch auf Bildung und Beratung. Es ist eine öffentliche Aufgabe, ein ausreichendes und plurales Angebot für Familien nicht nur in den Großstädten, sondern auch in ländlichen Regionen zu gewährleisten. Dies schließt ausdrücklich ihre wirtschaftliche Sicherstellung mit ein. Es ist Sorge zu tragen, daß diese Leistungen auch kurzfristig in Anspruch genommen werden können.

**Familienplanung und Humangenetik**

Grundsätzlich muß Frauen und Männern die Entscheidung überlassen werden, ob, wann und wieviele Kinder sie haben möchten. Familienplanung ist durch Beratung zu unterstützen, auch um einen Beitrag zu leisten, unerwünschte Schwangerschaften zu vermeiden.

Die moderne Biotechnologie sorgt dafür, daß der Wunsch nach Kindern immer seltener unerfüllt bleibt. Befruchtung außerhalb des Mutterleibes, Tiefgefrieren von befruchteten Eizellen und der Embryotransfer in die leibliche oder eine Ersatzmutter, sind die bereits realisierten Schritte auf dem Weg zur Erzeugung menschlichen Lebens völlig außerhalb des Mutterleibes und der gentechnischen Veränderung menschlicher Merkmale.

Diese Techniken bergen die Gefahr mißbräuchlicher Manipulation und nicht abschätzbarer Folgen für das Zusammenleben in der Gesellschaft. Psychische, soziale und rechtliche Probleme für die Kinder und alle beteiligten Eltern kennzeichnen die Situation vieler, die diese neuen Techniken bereits in Anspruch genommen haben.

Deshalb fordert die Arbeiterwohlfahrt klare rechtliche Regelungen. Leihmutterchaft darf als moderne Form des Menschenhandels nicht erlaubt sein. Jegliche Kommerzialisierung ist von vornherein zu unterbinden. Die Würde des Menschen muß unter allen Umständen gewahrt bleiben: Embryonen dürfen weder als Handels- noch als Forschungsobjekte dienen und gentechnologischen Experimenten am Menschen müssen klare Grenzen gesetzt werden.

Die Arbeiterwohlfahrt wird in der Zukunft verstärkt auf die Gefahren der neuen Techniken hinweisen. Nur eine informierte Öffentlichkeit kann auf die Politiker und Wissenschaftler Druck ausüben und damit dazu beitragen, daß wissenschaftlicher Fortschritt in kontrollierter und kontrollierbarer Art und Weise zum Wohle der Menschen genutzt wird.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Wissenschaft und Forschung darf nicht isoliert von gesellschaftlichen Zusammenhängen gesehen werden. Auch diese Bereiche haben sich an ethischen und moralischen Grundsätzen zu orientieren. Die Arbeiterwohlfahrt betont die persönliche Verantwortung der Wissenschaftler und Forscher.

**Familie und Gewalt**

Gewalt in der Familie ist mit gezielten und differenzierten Hilfen zu begegnen. Die Arbeiterwohlfahrt vertritt die Auffassung, daß Gewalt gegen Frauen vor allem auch als Folge der Verdinglichung der Frau verstanden werden muß. Frauen werden zum Sexualobjekt abgewertet. Gruppen, Diskussionskreise und Beratungsgespräche sollen andere Auswege als Gewalt gegen Frauen und Kinder aufzeigen. Die Erscheinung Gewaltanwendung in der Familie muß in der öffentlichen Meinung den Stellenwert erhalten, der ihr zukommt. Es darf nicht länger hingenommen werden, daß solche Delikte verharmlost beziehungsweise als unbedeutende Randerscheinungen betrachtet werden. Darüberhinaus sind weitere Einrichtungen zu schaffen, die von Gewalt betroffenen Frauen Schutz und Hilfe gewähren.

**Familie und Tageseinrichtungen für Kinder**

Je nach Alter und individueller Situation des Kindes sowie der Lebenssituation der Familie sind ausreichend unterschiedliche altersgerechte Angebotsformen mit entsprechenden bedarfsgerechten Strukturen notwendig, um das Recht jedes Kindes auf bestmögliche Erziehung, Bildung und Pflege familienergänzend einzulösen.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

3.5 Politik für das Alter

Neue Zielgruppen

Die Gruppe älterer Menschen in unserer Gesellschaft läßt sich immer weniger durch das kalendarische Alter oder das Beziehen von Altersruhegeld abgrenzen. "Typische Altersprobleme" finden sich zunehmend in jüngeren Altersgruppen.

Auch Menschen im mittleren Lebensalter erfahren die Ausgrenzung von wichtigen Teilbereichen des gesellschaftlichen Lebens. Wie die alten Menschen, spüren sie die Folgen von Arbeitsplatzverlust oder fehlenden Möglichkeiten der Weiterbildung. In Verbindung damit vermehren sich die gesundheitlichen, sozialen und finanziellen Belastungen.

Eine pauschale Betrachtung der Gesamtgruppe der älteren Menschen, erweist sich aufgrund der großen Altersspanne von 3 bis 4 Jahrzehnten zunehmend als falsch. Eine wirksame Politik für das Alter muß folgende Zielgruppen unterscheiden:

1. die sogenannten älteren Arbeitnehmer/innen;
2. die Gruppe der bereits im mittleren Lebensalter aus lebensbestimmenden Funktionen Ausgliederten, vor allem Frauen nach der Familienphase und Vorruheständler;
3. die "jungen Alten" ab dem Ruhestandsalter und
4. die Gruppe der Hochbetagten.

Die erstgenannte Gruppe ist bislang Zielgruppe von Politik zur Sicherung von Erwerbsarbeit, humanen Arbeitsbedingungen und Einkommen.

Die zweitgenannten sind bislang als explizite Zielgruppe von Sozialpolitik noch nicht in Erscheinung getreten, obwohl ihre Probleme vor allem in den letzten Jahren - insbesondere durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bedingt - sich noch verschärft haben.

Die dritte Gruppe, die der sog. "jungen Alten", ist bisher in erster Linie Zielgruppe von Freizeit- und Bildungsangeboten, die sich an einem aktivitätsorientierten Konzept des Alterns ausrichten. Damit bleibt auch von dieser Gruppe ein Großteil in seinen Bedürfnissen und Handlungsmöglichkeiten nicht hinreichend berücksichtigt.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Die klassische Altenhilfe mit ihren Angeboten und Diensten vor allem im sozialen und gesundheitlichen Bereich ist schwerpunktmäßig auf die vierte Gruppe hin ausgerichtet.

Leben im Alter

Trotz verschiedener Lebenssituationen unterscheiden sich die Grundbedürfnisse älterer Menschen nur unwesentlich von denen jüngerer Altersgruppen. Einschränkungen bestehen aber bei den Möglichkeiten der Befriedigung dieser Bedürfnisse.

Jugendlichkeit und Erwerbsarbeit bestimmen einseitig die Wertvorstellungen und das Leben in unserer Gesellschaft. "Alte Menschen" müssen erfahren, daß sie mit der Aufgabe des Arbeitsplatzes gleichzeitig gesellschaftliche Anerkennung, soziale Kontakte, Mitbestimmung und Einfluß sowie Unabhängigkeit und Selbständigkeit einbüßen. Der Platz für sie findet sich immer häufiger am Rande der Gesellschaft.

Die Lebensbedingungen im Alter sind das Produkt der Lebens- und Arbeitsbedingungen während früherer Lebensphasen. Besonders Frauen leiden unter mangelnder finanzieller Sicherung und damit unter eingeschränkten Möglichkeiten der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben. Gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen vergrößern die Hilfs- und Pflegebedürftigkeit. Die erfahrene Bildungsbenachteiligung verstärkt die Bildungsabstinenz im Alter und erschwert Kommunikation und Interessenartikulation.

Demographische Entwicklungen, wie steigende Lebenserwartung, Geburtenrückgang, Veränderung der Familienstrukturen und früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben verschärfen die Probleme und führen zu einer immer stärkeren Überalterung unserer Gesellschaft.

Das Risiko der Hilfs- und Pflegebedürftigkeit nimmt zu. Immer weniger Erwerbstätige müssen für eine immer höhere Rentensumme aufkommen. Der Arbeitsmarkt erzwingt regionale Mobilität und verstärkt damit den Trend zur Klein- und Kleinstfamilie. Immer weniger Erwerbsarbeit stellt die finanzielle Absicherung der Ruhegeldempfänger für die Zukunft in Frage.



\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

*Eine zukunftsweisende und präventive Politik für das Alter*

Politik für das Alter muß Teil einer umfassenden Gesellschaftspolitik sein. Sie darf sich also nicht darauf beschränken, vorhandene Probleme älterer Menschen in Angriff zu nehmen. Es gilt, auch die oftmals lange zurückliegenden Ursachen solcher Probleme zu bekämpfen. Das heißt, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den früheren Altersphasen sind so zu gestalten, daß viele "Altersprobleme" von vornherein vermieden werden.

Leitbild dieser Politik ist eine Gesellschaft, in der die älteren Menschen voll integriert sind.

Eine angemessene Beteiligung dieser Gruppe am gesellschaftlichen und politischen Leben setzt veränderte Wertvorstellungen voraus. Die einseitige Orientierung an durch Erwerbsarbeit geprägten Werten - und damit gleichzeitig die Überbetonung von Jugendlichkeit - muß aufgegeben werden.

Nur so ist es möglich, Menschen, die im Alter verstärkt unter den zurückliegenden sozialen, wirtschaftlichen und bildungsmäßigen Benachteiligungen leiden, Möglichkeiten einzuräumen, ihre Situation zu verbessern.

Eine Humanisierung des Arbeitslebens führt zur Beseitigung vielfacher Beeinträchtigungen im höheren Alter. Sie hat z.B. weitreichende Auswirkungen auf den Gesundheitszustand und damit auf die Fähigkeit zu Aktivität und Engagement im Alter. Technische Neuerungen bieten zahlreiche Möglichkeiten, Arbeit leichter zu gestalten. Das Rationalisierungsprimat verhindert noch häufig, daß diese Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Wichtige weitere Maßnahmen sind flexiblerer Umgang mit dem Renteneintritt, Verkürzung der Wochenarbeitszeit und Vorbereitung auf das Alter. Bei Maßnahmen zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit darf es nicht zu einer einseitigen Lösung des Arbeitslosenproblems zu Lasten älterer Arbeitnehmer/innen, die noch arbeiten wollen, in Form von "Frühverrentung" kommen.

Flexible Arbeitszeitgestaltung heißt auch, daß das Recht auf Arbeit nicht mit dem Erreichen eines bestimmten Altersdatums aufhört. Kürzere Arbeitszeit für alle hebt die "Konkurrenzsituation" mit den jüngeren Arbeitnehmern auf. Auch die älteren Menschen haben so die Wahl, weiterhin oder wieder in ihrem Beruf oder beispielsweise auch ehrenamtlich tätig zu sein.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Zur Vorbereitung auf das Alter ist eine Einbeziehung der Angehörigen erforderlich und das Heranführen an Betätigung und Bildung für die weiteren Lebensjahre.

In unserer Gesellschaft ist ein Umdenken über den Wert der Arbeit und die Aufgabe der einseitigen Orientierung an durch Erwerbsarbeit geprägten Werten und Lebenschancen notwendig.

Die nachberufliche, nichtentlohnte Arbeit kann attraktiver und für denjenigen, der sie leistet, inhaltsreicher gestaltet werden, sofern hiermit auch eine Beteiligung an der Gestaltung dieser Arbeit verbunden ist und das Ehrenamt den darin Arbeitenden auch persönliche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet. Im Bereich des aktiv gestaltenden, des politischen Ehrenamtes sind vielfache Einsatzfelder älterer Ehrenamtlicher gegeben, die noch auszudehnen sind. Neben der Erschließung von neuen Aufgabenfeldern (nicht nur in der Altenarbeit!), entsprechend den Interessen und Fähigkeiten, sind Selbsthilfegruppen zu fördern und zu unterstützen. Ehrenamtliche Arbeit Älterer kann und darf kein Ersatz sein für die Beschäftigung professioneller Kräfte; sie stellt eine u.a. qualitative Ergänzung dar. Darüberhinaus sind solche Aufgabenfelder und Betätigungen auch für Menschen im mittleren Lebensalter attraktiv, so daß ein generationsübergreifendes Element gegeben ist.

Alt sein muß als normale Phase des Lebens verstanden werden. Älteren Menschen ist die Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen einzuräumen. Damit stehen sie aber auch in der Pflicht, ihre Rechte wahrzunehmen und eigene Interessen und Ziele zu artikulieren. Es gilt Rahmenbedingungen durchzusetzen, die die Selbstbestimmung im Alter fördern. Nur insoweit die Älteren sich nicht selbst vertreten können, ist die Interessenvertretung über Dritte gerechtfertigt.

Zwingende Voraussetzung für jegliche Form gesellschaftlicher Mitgestaltung ist eine ausreichende materielle Sicherung für alle Bevölkerungsgruppen. Die Lebenslage vieler Menschen im höheren Lebensalter zeichnet sich immer noch durch materielle Not und Armut aus. Nur eine Grundsicherung für alle schafft hier Abhilfe. Darüberhinaus bedarf es der Harmonisierung der unterschiedlichen Alterssicherungssysteme, der Anrechnung von Erziehungs- und Pflegezeiten sowie der staatlichen Beteiligung zur langfristigen Absicherung der Renten.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Auf dieser Grundlage wird es einfacher, auch die älteren Menschen voll in das kulturelle Leben der Gesellschaft einzubeziehen. Geeignete Angebote der Erwachsenenbildung sollen Interessen wecken, neue Lebensinhalte eröffnen, Partizipation fördern und soziale Isolation durchbrechen. Sie können der Ausgangspunkt für selbstbestimmte Aktivitäten sein, die geeignet sind, die immer länger werdende Lebensphase jenseits der Erwerbsfähigkeit und der Konzentration auf die Familie auszufüllen.

Für ältere Arbeitnehmer, die oft bildungsunfähig sind bzw. geworden sind, ist eine altersgerechte Kulturarbeit.

Oberstes Ziel der Politik für alte Menschen ist es, soweit und solange wie möglich eine selbständige und unabhängige Lebensführung zu erhalten. Diese ist am stärksten durch gesundheitliche Einbußen gefährdet, insbesondere im Zusammenwirken mit ungünstigen Wohnverhältnissen, fehlenden oder eingeschränkten sozialen Kontakt- und Hilfenetzen sowie unzureichenden Einkommenssituationen.

Eine umfassende, gesetzlich geregelte Absicherung der Kosten für ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege ist unerlässlich und seit vielen Jahren überfällig.

**Maßnahmen, Angebote und Dienste**

Wohnbedingungen im Alter

Selbständiges Leben im Alter setzt ein angemessenes Wohnangebot voraus. Für die meisten älteren Menschen genügt das Qualitätsniveau des gehobenen sozialen Wohnungsbaues, ein kleinerer Teil benötigt behindertengerechte Wohnungen und Wohnumgebungen. Dieses Versorgungsniveau ist im erforderlichen Umfang zu tragbaren Mieten zu schaffen.

Vorhandene soziale Beziehungen im Wohnviertel sind ein wichtiges Potential an nachbarschaftlicher Hilfe und dienen letztendlich dem Erhalt einer selbständigen Lebensführung jenseits aller organisierten, an Kostenträgerschaften gebundenen Angebote. Der angestammte Wohnraum und die gewohnte Wohnumgebung sind, wenn eben möglich, zu erhalten und dort, wo notwendig, zu verbessern, so z.B. im Rahmen einer behutsamen Sanierung und einer bürgerfreundlichen Umweltgestaltung.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Dies hat folgende Konsequenzen:

- Die Durchsetzung eines wirksamen Schutzes älterer Menschen vor Kündigungen ist notwendig;
- Modernisierungsmaßnahmen müssen mit den Mietern so abgestimmt werden, daß ein erzwungener Auszug eben dieser Mieter aus ihrer angestammten Wohnung vermieden wird;
- es muß einen wirksamen Schutz älterer Menschen davor geben, durch Mieterhöhungen, die über das verfügbare Einkommen plus Wohngeld nicht finanziert werden können, aus der angestammten Wohnung verdrängt werden.

Aufrechterhaltung der Selbständigkeit

Der weitestgehende Erhalt der Selbständigkeit und Unabhängigkeit älterer Menschen bedeutet nur soviel Hilfe wie nötig, Förderung der Selbsthilfe und Selbständigkeit, individuelle und differenzierte Angebote entsprechend den Bedürfnissen. Erforderlich ist eine intensive Verbindung von Wohnen, Hilfe und Pflege. Angebote der Altenarbeit dürfen nicht in Konkurrenz zueinander treten oder gebracht werden (Vorrang ambulanter Dienste), sondern müssen sich als Angebotskette verstehen.

Angebotskette - Bündelung und Beratung

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der sich verändernden Familien- und Wohnstrukturen ist der Ausbau sozialer und pflegerischer Dienste voranzutreiben. Zum Ausgleich der Altersrisiken und zur Aufrechterhaltung selbständiger Lebensführung bedarf es eines differenzierten und ausreichenden Angebotes vor allem an folgenden Diensten:

- Hauswirtschaftliche und pflegerische Dienste in der eigenen Wohnung (häusliche Krankenpflege, Hauspflege, Haushaltshilfe, Einkaufshilfen, Essen auf Rädern, etc.);
- Dienste, die eine Verbindung zur sozialen Umwelt herstellen (Besuchs- und Begleiddienste, Fahrdienste, Dienste des stationären Mittagstisches, Begegnungsstätten jedweder Art, etc.);
- teilstationäre Angebote (Tagesheime, Tagespflegeheime, Tageskliniken, Kurzzeitpflege);
- stationäre Angebote (differenzierte Angebote zum Wohnen und Pflegen).

Diese Dienste sind durch bürgernahe, bedarfsgruppenadäquate Beratungsangebote zu ergänzen, die z.B. auch zu denjenigen gelangen müssen, die ihre Wohnung nicht mehr verlassen können.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Es muß die jeweils notwendige Bündelung der Dienste angeboten werden und individuell zugänglich sein. Wird eine Mehrzahl von Diensten benötigt, so bedarf es der abgestimmten Organisation und Koordinierung.

Die Sozialstationen sind die Stellen, die unter Wahrung der Pluralität des Angebotes eine Koordinierung der ambulanten Dienste leisten können. Alle in die Leistungserbringung in einem Haushalt einbezogenen Personen und Berufsgruppen müssen sowohl über vorhandene Angebote und Hilfsmöglichkeiten generell informiert sein und auch wissen, wer ihre Partner im konkreten Fall sind mit dem Ziel, ihnen dadurch Absprache und Koordinierung zu erleichtern.

**Wohnen und Pflegen**

Eine Trennung von Wohnen und Pflegen, führt heute oftmals dazu, daß ältere Menschen viele Umzüge mit Verlusten der psychosozialen Kontakte und Umgebung erleiden:

Von der Familienwohnung in eine Altenwohnung, von dort in ein Pflegeheim, ggf. noch in eine Spezialstation oder zum Sterben ins Krankenhaus.

Um die damit verbundenen schweren Nachteile zu vermeiden, muß Altenhilfe soweit wie möglich zum alten Menschen kommen. Vor dem Hintergrund steigender gerontopsychiatrischer Störungen, kann der Erhalt von gewohnter Umgebung und Bezugspersonen nicht hoch genug bewertet werden.

Neben dem "betreuten Wohnen" sind in den Mietwohnanlagen der alten Menschen besondere Dienstleistungen (Serviceleistungen) anzubieten, um auch bei steigender Hilfs- und Pflegebedürftigkeit ihr Verbleiben in der Wohnung so lange wie möglich verantworten zu können. Daher ist sicherzustellen, daß die erforderliche Infrastruktur wie Gemeinschaftsräume für gemeinsame Veranstaltungen, Notruf und Funktionsräume für die Hilfe und Pflege (Pflegearbeitsräume, behindertengerechtes Gemeinschaftsbad, Teeküche für Essensverteilung, Beratungs- und Sprechzimmer, Lageraum für Hilfsmittel) eingebaut und finanziert werden.

Für bestimmte Gruppen, vor allem hochbetagter älterer Menschen, ist ein Heimangebot unerlässlich. Der Bedarf an Pflegeplätzen wird trotz aller Anstrengungen im ambulanten Bereich nicht zurückgehen. Ein stetig wachsender Bedarf an Plätzen für psychisch veränderte bis hin zu psychisch kranken älteren Menschen ist gegeben.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Die Bewohner/innen der Heime für ältere Menschen werden im Durchschnitt immer älter und stärker pflegebedürftig. Bei unveränderter Personalausstattung führt dieser Prozeß zwangsläufig zu einer Absenkung des Versorgungsniveaus, der Pflegequalität. Statt aktivierender Pflege wird die reine Verwahrpflege früherer Zeiten angeboten, Rehabilitationsbemühungen sind stark eingeschränkt oder finden gänzlich nicht statt. Experten sprechen von der "gefährlichen Pflege" der Heime. Sie verweisen auf den Umstand, daß die Begleitung Sterbender und ihrer Familienangehörigen sich nicht verbessert hat, trotz aller Aufmerksamkeit, die diesem Thema in der Öffentlichkeit entgegengebracht wird. In Heimen (und Krankenhäusern) wird nach wie vor unter zum Teil unwürdigen Umständen gestorben, das Personal erhält nicht die notwendige Stützung. Zu fordern sind folgende Maßnahmen:

- Ausreichende Personalausstattung der Heime, insbesondere des Pflegepersonals, auf ein Niveau, das den Bedarfsstrukturen der Heimbewohner/innen entspricht;
- Sicherstellung einer Pflege, Behandlung und Rehabilitation in den Pflegeheimen/Krankenheimen, die dem heutigen Erkenntnisstand und Erfahrungsstand entspricht;
- Durchsetzung von Lebensbedingungen für die Heimbewohner/innen, die der Länge ihres Aufenthaltes im Heim angepaßt sind - darunter Verzicht auf Einschränkungen, Achtung von Privatsphäre, Förderung der Kommunikation, Erhöhung der Wohnqualität der Pflegeheime/Krankenheime;
- Ausrichtung der Heime auf die in ihnen lebenden Bewohner/innen, insbesondere im Falle des Wohnens von psychisch veränderten älteren Menschen. Heime, ebenso wie geriatrische Krankenhäuser und Krankenhausabteilungen, die von Bettlägerigkeit ihrer Bewohner/Patienten ausgehen, sind abzulehnen, allein schon deswegen, weil sie keine angemessene Wohnumgebung für solche Bewohner/Patienten bieten, die sich im Prozeß der Rehabilitation befinden oder die psychisch und nicht körperlich krank sind.

Alten- und Pflegeheime sind so zu gestalten und einzurichten, daß der alte Mensch vom Einzug bis zum Tod im gleichen Zimmer verbleiben kann.

Krankenhauseinweisungen und "Unterbringungen" in psychiatrischen Einrichtungen müssen auf akuten Behandlungsbedarf beschränkt bleiben und dürfen nicht zum "Abschieben" bei Überforderung des Personals mißbraucht werden.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Das bedürfnisgerechte Angebot einer differenzierten Palette von Diensten und Einrichtungen wird erschwert bzw. verhindert durch

- stark abgegrenzte Investitionsförderungen
- getrennte Finanzierungen der laufenden Kosten über RVO, BSHG Pflegesätze, Wohngeld, Eigenanteile und -mittel
- fehlende Finanzierung für Beratung, Koordination, Organisation
- fehlende Finanzierung für die praktische und psychische Unterstützung pflegender Angehöriger und ehrenamtlicher Helfer/innen.

Zur Entlastung der pflegenden Angehörigen und zur Vermeidung unnötiger oder vorzeitiger Heimaufnahmen bedarf es eines gesicherten Angebotes an teilstationären Einrichtungen für Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege.

Bisher sind ambulante und teilstationäre Dienste für ihre Anbieter weniger abgesichert, als dies bei stationären Angeboten der Fall ist (mit Ausnahme der ambulanten ärztlichen Versorgung). Erst eine eigenständige rechtliche Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit außerhalb der Sozialhilfe wird dieses zentrale Problem der nicht-stationären Hilfen lösen können - bei aller Bedeutung, die eine Lösung auch für den stationären Heimbereich haben wird.

Modellförderungen, Stiftungen und Ersatz durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dienen oft nur zum Anreiz und geben weder dem Träger noch dem alten Menschen Sicherheit und Rechtsanspruch für eine dauerhafte Versorgung.

#### Behandlung der Pflege im Alter

Am meisten gefährdet ist die Selbständigkeit im Alter durch gesundheitliche Beeinträchtigungen.

Krankheit im Alter ist charakterisiert durch das gleichzeitige Auftreten verschiedener Krankheitsbilder und durch eine Tendenz zum chronischen Verlauf, an deren Ende oftmals die Situation der Pflegebedürftigkeit steht.

Das Behandlungs- und Pflegeziel im Alter kann die Wiederherstellung der vollen Leistungs- und Selbstversorgungsfähigkeit sein, die Erhaltung vorhandener Fähigkeiten, die Verhinderung einer weiteren Verschlechterung und Einschränkung der Selbständigkeit oder die Erleichterung einer durch nicht aufhebbare gesundheitliche Beeinträchtigung gekennzeichneten Lebenssituation und die Linderung der Krankheitssymptome.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Pflege und Behandlung älterer Menschen auf einem ausreichend hohen Qualitätsniveau zur Durchsetzung der genannten Ziele setzt besondere Kenntnisse und Fähigkeiten voraus, die pflegerisches und ärztliches Personal sowie die Angehörigen heute weitgehend überfordern. Die Ausklammerung der Leistungen bei Pflegebedürftigkeit und weiterer Bereiche der gesundheitlichen Rehabilitation älterer Menschen aus der Zuständigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung diskriminiert ältere Menschen in hohem Maße, weist älteren Patienten eine geringere Qualität zu als jüngeren. Die völlig unzureichende Finanzierung der Leistungen bei Pflegebedürftigkeit zu Hause und in Institutionen via Sozialhilfe ist eines der zentralen sozialstaatlichen Defizite unserer Zeit.

Für die Akutkrankenhäuser werden ältere Patienten angesichts schrumpfender Bevölkerungszahlen immer wichtiger. Diese Situation führt nicht automatisch zu einer Ausrichtung der ärztlichen und pflegerischen Krankenhausangebote auf den Bedarf älterer Patienten und zu einer entsprechenden Spezialisierung. Gefordert sind geriatrische und gerontopsychiatrische Krankenhäuser bzw. Krankenhausabteilungen, die diesen Namen verdienen. Für die Behandlung und die Rehabilitation chronisch kranker älterer Patienten sind weder Akutkrankenhäuser noch Pflegeheime/Krankenhäuser heute ausreichend gerüstet. Entsprechende Spezialabteilungen im Krankenhausbereich sind unverzichtbar.

#### Familiäre und ehrenamtliche Helfer/innen und professionelle Mitarbeiter/innen

Es ist Illusion anzunehmen, die Familien, vor allem die Töchter, Schwiegertöchter, Ehefrauen und Enkelinnen könnten zukünftig das erforderliche Maß an Hilfe und Pflege für immer mehr ältere Angehörige ohne wirksame materielle, sachliche und personelle Unterstützung weiter aufrecht erhalten.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Die unter hohen persönlichen und familiären Belastungen pflegenden Angehörigen benötigen dringend Unterstützung und Entlastung durch

- Beratung und Anleitung durch Fachleute der Altenarbeit
- Kurse für häusliche Pflege und Pflorgetechniken
- psychosoziale Hilfestellungen
- Angehörigen- und Selbsthilfegruppen
- Verleih von Pflegehilfsmitteln
- zeitweise Entlastung durch Tages- und Kurzzeitpflege oder Nachtdienst oder ergänzende ambulante Pflege
- finanzielle, soziale und gesundheitliche Hilfen zur Vermeidung eigener Probleme im Alter.

Ein Zusammenleben von Mehrgenerationenfamilien ist nur sinnvoll, wenn alle Beteiligten das wünschen. Moralische Pflichtvorstellungen oder finanzielle Vorteile führen zwangsläufig zu Konflikten. Untersuchungen zeigen, daß alte Menschen den Wunsch nach Eigenständigkeit mit einem eigenen Haushalt verbinden und zu ihren Kindern "innere Nähe bei äußerer Distanz" wünschen.

Auch ein verstärkter Einsatz von ehrenamtlichen Kräften wird den wachsenden Hilfebedarf weder in quantitativer noch in qualitativer Hinsicht decken können. Ehrenamtliche Helfer/innen für ergänzende Hilfe benötigen ähnliche Unterstützung wie pflegende Angehörige, wichtig sind zusätzliche Kontakte und Geselligkeit in einer Helferguppe.

Es besteht Zweifel an der weiteren Mobilisierbarkeit von Ehrenamtlichen in erheblichem Umfang. Eine weithin unsichtbare, aber deswegen nicht weniger gravierende Unterdeckung des Bedarfs in häuslichen Versorgungssituationen ist gegeben.

Zwingend erforderlich für alleinstehende und alleinlebende Ältere, ebenso wie zur Unterstützung der sich oftmals bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit aufopfernden Familienangehörigen, ist ein Ausbau professioneller Hilfssysteme im ambulanten Bereich.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

**Aus- und Fortbildung**

Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die Altenpfleger/innen heute als einzige Berufsgruppe auf den Umgang mit älteren Menschen spezialisiert sind. Um die Altenpfleger/innen für die immer weiter steigenden fachlichen und persönlichen Anforderungen zu qualifizieren, ist eine praxisbezogene, dreijährige Ausbildung zu fordern.

Vergleichbare Entwicklungen des Fachwissens sind für andere Berufsgruppen zu fordern, die zu einem wesentlichen Teil Dienstleistungen für ältere Menschen erbringen - so z.B. Sozialarbeiter, Krankenschwester, Ärzte. Das Angebot der Fort- und Weiterbildung ist auszubauen. Von den Berufsgruppenangehörigen ist ein Nachweis ihrer Fort- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Pflege älterer Menschen, der Diagnose, Therapie und Rehabilitation, bezogen auf diese Personengruppe, der Kenntnisse über das gegebene System sozialer Sicherung und seiner Auswirkungen auf ältere Menschen und nicht zuletzt der vorhandenen Angebote und Dienste des Sozialwesens zu fordern.

Ein integriertes Hilfesystem für ältere Menschen, die Hilfe benötigen, kann nicht entstehen, solange Organisationen, Institutionen und Vertreter von Berufsgruppen sich gegen den jeweils anderen Bereich abgrenzen und nur ihr eigenes, nur einen Baustein darstellendes Aufgabengebiet im Blickwinkel haben. Qualifizierte, an den Bedürfnissen der alten Menschen orientierte Arbeit bedeutet, Ansätze von ganzheitlicher Medizin und Beziehungspflege mit maximaler Kooperation, Abstimmung und Einbeziehung der Umwelt.

Die Weitung der Sichtweite, der Blick über den Zaun, können entscheidend durch Angebote der Fort- und Weiterbildung gefördert werden. Diesen Effekt gilt es zu erzielen, soll insgesamt eine Verbesserung der Hilfsangebote für ältere Menschen erreicht werden.

**Wissenschaft und Forschung**

Zur Anhebung des gerontologischen Wissenstandes und zur Durchsetzung einer qualifizierten Sozialpolitik für ältere Menschen sind gerontologische (incl. geriatrische) Forschung und Lehre unerläßliche Voraussetzung. Zwingend notwendig sind die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den altersrelevanten wissenschaftlichen Disziplinen und zwischen Praxis und Wissenschaft. Einschlägige Forschungsvorhaben und Ausbildungslehrgänge sind anzuregen und zu fördern.

### 3.6 Gesundheitspolitik

#### Leitlinien

Unser Gesundheitswesen hat alle Menschen in der Bundesrepublik - unabhängig vom sozialen Status, Einkommen und Wohnort - umfassend und gleichwertig mit medizinischen, pflegerischen und psychosozialen Leistungen zu versorgen.

Menschen, die solche Leistungen in Anspruch nehmen müssen, befinden sich in der Regel in einer Lage, in der sie verstärkt auf menschlichere Behandlung (Zuwendung, emotionale Wärme) angewiesen sind. Unser Gesundheitswesen trägt dagegen noch immer weitestgehend den Charakter eines "medizinischen Reparaturbetriebes". Erst mit dem Akutwerden der Erkrankung tritt es in Aktion und beschränkt sich dann auf die Behandlung von Symptomen. Soziale und psychische Aspekte finden weder bei der Frage nach den Ursachen, noch bei den Heilungsprozessen ausreichende Berücksichtigung.

Die zurückliegende Entwicklung hat gezeigt, daß der verstärkte Einsatz moderner Technologien allein, keineswegs automatisch zu den erwarteten Erfolgen führt. Häufig werden zusätzliche Probleme aufgeworfen. Auch in der Medizin haben Wissenschaft und Forschung die Würde des Menschen zu achten. Das gilt für den gesamten Bereich der modernen "Apparatemedizin", besonders aber für Problembereiche wie die künstliche Verlängerung des Lebens (menschewürdiges Sterben), Anwendung und Testen von Medikamenten und gentechnologische Experimente. Gesundheitspolitischen Maßnahmen, die bestimmte Gruppen aus der Bevölkerung ausgrenzen, tritt die Arbeiterwohlfahrt entschieden entgegen.

Aus diesen Erfahrungen resultiert die Forderung nach einer ganzheitlichen Ausrichtung des Gesundheitswesens. Das bedeutet nicht nur die Berücksichtigung psychischer und sozialer Aspekte, sondern auch das Einbeziehen der Wohn- und Arbeitsplatzsituation und der Umweltbedingungen des Menschen.

Zerstörung und Belastung der Umwelt bilden den Ausgangspunkt für eine Vielzahl neuer gesundheitsgefährdender und krankheitsfördernder Faktoren. Aus diesem Grunde muß Gesundheitspolitik auch einen Beitrag leisten, um die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen zu bewahren beziehungsweise wiederherzustellen. Reinhaltung von Luft und Wasser, Schutz vor Lärm und der Abbau von schädlichen Rückständen in den Lebensmitteln sind dazu die wichtigsten Stichworte.

Für eine weitere Ausdehnung des Bedarfs im Gesundheitswesen sorgt die anhaltende Dauer- und Massenarbeitslosigkeit. Viele psychische, somatische und psychosomatische Erkrankungen haben hier ihre Ursache. Betroffen sind dabei nicht nur die einzelnen Arbeitslosen, sondern auch deren Familienangehörige. Die auftretende Gefährdung und Zerstörung sozialer Kontakte führt in einem wechselseitigen Prozeß zur weiteren Verschärfung der krankheitsverstärkenden und -verursachenden Situation.

Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist deshalb auch aus gesundheitspolitischen Gründen zu fordern. Abgesehen von den Gefahren für das gesellschaftliche Zusammenleben und der Existenzbedrohung für den einzelnen Menschen, muß die Gemeinschaft für immer höhere Folgekosten aus den gesundheitlichen Spätfolgen der Arbeitslosigkeit aufkommen.

Eine kürzere Arbeitszeit für alle kann dazu beitragen, die Belastungen am Arbeitsplatz abzubauen. Weitere Humanisierung der Arbeitswelt und verbesserter Arbeitsschutz helfen zusätzlich Unfälle und Krankheiten zu vermeiden und damit das Gesundheitswesen zu entlasten.

Auf diese Weise kann auch der Arbeitsbereich einen Beitrag leisten, der Krankheitsvorbeugung in Zukunft einen höheren Stellenwert zu verschaffen. Besonders bedeutsam sind Vorsorge und Früherkennung. Die notwendige Gesundheitsaufklärung, -bildung und -beratung müssen schon in den Kindergärten und Schulen beginnen. Nur so läßt sich gesundheitlich riskantes Verhalten (zum Beispiel auch Arzneimittelmißbrauch) aufzeigen und verändern. Allgemeine Vorsorgeuntersuchungen verbessern die Krankheitsfrüherkennung und vergrößern die Möglichkeiten der Heilung.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Einrichtungen zur Vorbeugung und Heilung von Krankheiten müssen von den Bürgern ohne Schwierigkeiten in Anspruch genommen werden können. Die Nähe zum Bürger muß also wesentliches Strukturmerkmal dieser Einrichtungen sein. Die Arbeiterwohlfahrt tritt ein für die Schaffung eines bürgernahen gemeindebezogenen Verbundsystems zur Verzahnung medizinischer, pflegerischer und psychosozialer Angebote. Das bedeutet auch, daß die klare Abgrenzung von stationären und ambulanten medizinischen Angeboten, von ambulanter Pflege, psychosozialen Dienstleistungen und Selbsthilfe aufgehoben wird. Damit werden Auseinandersetzungen mit und zwischen den Kostenträgern der Sozialversicherung und der Sozialhilfe vermieden und eine koordinierte und flexible Handhabung ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfe und Versorgung ermöglicht.

Beratung und Beschlußfassung - in diesem Verbundsystem - erfolgen gemeinsam durch Länder, Kommunen, Sozialversicherungsträger und die Träger von Einrichtungen und Diensten.

Die Kostenbarrieren, die durch das gegliederte System der Sozialversicherung und der Sozialhilfe entstanden sind, müssen überwunden werden.

Für die Arbeiterwohlfahrt gilt der Grundsatz: Ambulante Hilfe vor stationärer Hilfe. Finanzielle und ganzheitliche Gesichtspunkte sprechen dafür, eine möglichst lange Betreuung behandlungsbedürftiger Personen in der eigenen Wohnumwelt vor stationärer Unterbringung vorzuziehen. Das erfordert den weiteren Ausbau ambulanter und stationärer Bereiche sowie die rechtliche und finanzielle Gleichstellung von ambulanter und stationärer Versorgung.

Für eine qualitative Verbesserung ambulanter Hilfe sorgt die Nutzung von Krankenhauseinrichtungen, besonders das Einbeziehen neuer technischer Großgeräte bei Diagnostik und Therapie. Die bessere Verzahnung der verschiedenen Teile und Einrichtungen des Gesundheitswesens schafft die Grundlage für finanzielle Einsparungen und mehr Effektivität bei der Versorgung der Bevölkerung.

Der Ausbau und die Organisation des Gesundheitswesens muß sich an einem Bedarf ausrichten, der von der Planungskompetenz aller am Gesundheitswesen Beteiligten festgelegt wird.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Eine wirksame und langfristig erfolgsversprechende Verbesserung der Krankenhausstruktur muß im Abbau aller Einflußfaktoren bestehen, die aus wirtschaftlichen Gründen das Krankenhaus zu einer medizinisch nicht notwendigen Belegung oder unnötigen Verlängerung der Aufenthaltsdauer zwingen.

Die finanzielle Absicherung eines ganzheitlichen Gesundheitswesens, ist sicherzustellen. Dabei müssen gleichrangig nebeneinanderstehen sowohl die medizinischen, pflegerischen und psychosozialen Leistungen. Die vorbeugenden Gesundheitshilfen sind vorrangig zu berücksichtigen. Zur Zeit sind lediglich die sehr teuren medizinischen Behandlungsangebote und -möglichkeiten sozialrechtlich abgesichert, während die psychosozialen Dienste und Pflegehilfen nur geringfügig abgesichert sind.

Finanzierungsprobleme im Gesundheitswesen können durch bessere Leistungskontrolle verringert werden. Die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit von erbrachten Leistungen soll gemeinsam durch die Sozialversicherungsträger, die Leistungserbringer und -empfänger erfolgen.

**Flankierende Maßnahmen**

Ehrenamtliche Arbeit, Familien- und Nachbarschaftshilfe und Selbsthilfegruppen bilden einen wesentlichen Bestandteil des Gesundheitsbereiches. Die besondere Qualität und der Umfang dieser geleisteten Arbeit kann durch professionelle Dienste und Einrichtungen nicht erbracht werden. Deshalb gilt es, Selbsthilfe und ehrenamtliche Tätigkeit auszubauen und zu fördern. Von besonderer Bedeutung sind beispielsweise die gesellschaftliche Anerkennung dieser Arbeit, materielle Unterstützung und eine verbesserte Zusammenarbeit mit den professionellen Kräften.

Selbst noch so großer medizinischer Fortschritt entbindet den einzelnen nicht davon, selbst mehr für die Vorbeugung zu tun. Individuelle Bemühungen müssen aber durch kompetente Einrichtungen - auf Gemeindeebene - Unterstützung erfahren. Das erfordert die qualitative Verbesserung und Aktivierung von Institutionen, die mit dem Schutz vor Gesundheitsgefahren und mit der Krankheitsfrüherkennung beauftragt sind.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

**Hilfen für chronisch Kranke und Pflegebedürftige**

Verlust des Selbstwertgefühls führt zum Verlust sozialer Kontakte, was wiederum dazu führt, das Selbstwertgefühl noch weiter abzubauen. Dieser sich selbst verstärkende Prozeß ist besonders deutlich bei einer wachsenden Zahl chronisch Kranker festzustellen. Die Arbeiterwohlfahrt leistet einen Beitrag, diesen Menschen das Gefühl der Eingebundenheit in die Gesellschaft zu vermitteln.

Hauptanliegen psychosozialer Hilfen sind emotionale Unterstützung, Information, Bewahrung der sozialen Identität, persönliche Hilfeleistung sowie der Aufbau neuer sozialer Kontakte. Darüberhinaus besteht die Notwendigkeit materieller Hilfe für die Betroffenen.

Beim Ausbau ambulanter sozialpflegerischer Dienste ist besonders auf die Einbeziehung, Beratung, Betreuung und Entlastung der Angehörigen zu achten.

**Arbeit der ambulanten Sozial- und Gesundheitsdienste erweitern**

Die Arbeiterwohlfahrt versteht unter ambulanten Sozial- und Gesundheitsdiensten die organisatorische und räumliche Zusammenfassung von Diensten im Bereich der ambulanten (häuslichen) Kranken-, Haus-, Familien- und Altenpflege unter Einbeziehung allgemeiner gesundheitlicher Aufklärung und Auskunft.

Über dieses Kernangebot hinaus sollen Vermittlungsfunktionen zu Beratungsstellen und anderen sozialen Diensten wahrgenommen werden. Unter bestimmten Voraussetzungen besteht die Möglichkeit spezielle Beratungsdienste (z.B. Krebsberatung) anzugliedern.

Besondere Bedeutung mißt die Arbeiterwohlfahrt den sozialen Hilfsdiensten wie Mahlzeiten-, Reinigungs-, Wäsche-, Vorlese-, Hol- und Bringdiensten zu.

Außerdem gilt es, einen Beitrag zur Aktivierung der vorhandenen Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung zu leisten.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

**Das Leben von Behinderten normalisieren**

Für die Arbeitsfelder Behindertenhilfe, Psychiatrie und Suchtkrankenhilfe gilt als Zielsetzung die Normalisierung des alltäglichen Lebens. Die dafür notwendigen Hilfen müssen ausschließlich bedarfsorientiert und damit unabhängig von den Ursachen der Behinderung gewährt werden. Maßnahmen zur Früherkennung und Frühförderung sind vorrangig auszubauen.

**Suchtgefahren entgegenwirken**

Die Bekämpfung von Suchtverhalten darf sich nicht auf die Vermittlung von Informationen und Aufklärung beschränken. Wirksame Vorbeugung erfordert vor allem die stärkere Betonung sozialen Lernens im Vorschul- und Schulbereich sowie in der gesamten Jugendarbeit.

Werbung für suchtfördernde Genußmittel und Medikamente ist zu untersagen.

Der Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen kommt besondere Bedeutung in der Nachsorge Suchtkranker zu.

**Rehabilitation und Wiedereingliederung**

Rehabilitation von Behinderten, psychisch Kranken und Suchtkranken darf nicht länger einseitig auf die Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit ausgerichtet sein, sondern muß die soziale Rehabilitation einschließen.

Bei der Arbeitsrehabilitation muß die Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt das oberste Ziel sein. Vor allem psychisch Kranke und Suchtkranke brauchen Unterstützungsmöglichkeiten durch persönliche Betreuung am Arbeitsplatz. Neben einer Ausdifferenzierung des Angebotes in der Werkstatt für Behinderte für die verschiedenen Personengruppen, fordert die Arbeiterwohlfahrt die Förderung von Selbsthilfefirmen.

Psychiatrische Großkrankenhäuser und Anstalten sind zugunsten gemeindenaher Dienste umzustrukturieren. Besondere Aufmerksamkeit muß dabei darauf gelegt werden, für Langzeitkranke neue Formen gemeinsamen und individuellen Wohnens zu entwickeln, kombiniert mit sinnvollen Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Dabei sind regional ambulante und teilstationäre Versorgungsstrukturen aufzubauen, in die die kontinuierliche Einbeziehung von Angehörigen-, Selbsthilfe- und Laienhelfergruppen erfolgt. Darüberhinaus müssen sinnvolle Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden.



\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

**3.7 Ausländerpolitik**

Die Ausländerpolitik hängt entscheidend von politischen Vorgaben ab. Sie wird darüber hinaus immer stärker der nationalen Entscheidung entzogen und Bestandteil des internationalen Beziehungsgeflechtes. Verantwortliche Faktoren für die Wanderung von Arbeitnehmern - und in der Folge ihrer Familienangehörigen - sind dabei die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern, der mittelfristig bleibende, technologische und sozialpolitische Vorsprung der Industriestaaten und die bereits eingewanderten und niedergelassenen nationalen Minderheiten.

Politische Unsicherheiten und Entscheidungsschwächen in der Ausländerpolitik (z.B. aufenthalts- und arbeitsrechtlicher Status) sowie wirtschaftliche Rezessionen fördern rassistische und nationalistische Stimmungslagen bei Deutschen und Ausländern. Sie vergrößern das Konfliktpotential und vermehren ausländerfeindliche Aktivitäten.

Auch zur Bewältigung dieser sozialen Probleme unterhält die Arbeiterwohlfahrt ein Netz von Beratungs-, Hilfs- und Fördermöglichkeiten. Die Sicherstellung qualifizierter Ausländersozialarbeit setzt den weiteren Ausbau der Ausländersozialdienste voraus, wobei als Schlüsselzahl maximal 3000 Ausländer je Sozialberater anzusetzen sind. Außerdem muß den Sozialberatern die Aufnahme eines dienstbegleitenden Studiums ermöglicht werden.

Aus seiner traditionellen Verpflichtung heraus setzt sich der Verband auch für rechtliche und gesellschaftspolitische Verbesserungen sowie für die Stärkung eines politischen Bewußtseins der Betroffenen ein.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

**Konkrete ausländerpolitische Ziele zum Zusammenleben von Ausländern und Deutschen**

Eine sachgerechte Ausländerpolitik muß Integration als rechtliche und tatsächliche Gleichstellung ermöglichen, die von gegenseitiger Toleranz zwischen Deutschen und Ausländern getragen ist. Dazu gehören:

- Kommunales Wahlrecht für Ausländer
- Wegfall der Arbeitserlaubnis
- Ausdehnung aller sozialen Leistungsgesetze für ausländische Familien
- Niederlassungsrecht nach 5-jährigem rechtmäßigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland
- eigenständiger Aufenthaltsstatus der Familienangehörigen
- Ehegatten und Kinder dürfen ohne zeitliche Auflagen im Rahmen der Familienzusammenführung nachreisen
- Arbeitslosigkeit und/oder Bezug von Sozialhilfe dürfen keinen Ausweisungsgrund mehr bedeuten
- Erleichterung des Einbürgerungsverfahrens
- Förderung der Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten in allen Gremien, Verbänden, Parteien und Betrieben
- rückkehrwilligen Ausländern, die sich mindestens 5 Jahre hier aufgehalten haben, erhalten das Recht auf Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland mit Beibehaltung ihres vorhergehenden Aufenthaltsstatus
- ebenso müssen Jugendlichen, die hier aufgewachsen sind, aber als Minderjährige ihre Eltern begleiten mußten, bei Volljährigkeit zu ihrem Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik zurückkehren dürfen
- Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum und Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens
- verstärkter Einsatz ausländischer Fachkräfte im bestehenden medizinischen und psychosozialen System
- Stützung und Förderung von interkulturellen Bedürfnissen in Kindergarten, Schule, Berufsausbildung und Weiterbildung
- Förderung der kulturellen Identität
- Kennenlernen und Auseinandersetzen mit unterschiedlichen Kulturkreisen zum Zwecke der besseren Verständigung

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

**Hilfen für ausländische Flüchtlinge**

In ihren Grundsätzen tritt die Arbeiterwohlfahrt ein für mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie sieht ihre Aufgabe darin, ausländische Flüchtlinge, unabhängig vom Rechtsstatus, über soziale Fragen zu informieren und zu beraten.

Die Arbeiterwohlfahrt unterstützt daher eine Politik

- zur Bekämpfung der Ursachen, die zu Flucht und Vertreibung führen, insbesondere durch Vertretung einer konsequenten Menschenrechtspolitik,
- zur Unterstützung der Aufnahmeländer, die häufig selbst zu den am wenigsten entwickelten Ländern gehören,
- zur Aufnahme von Flüchtlingen im eigenen Land,
- für die Beibehaltung des Art. 16 GG, der politisch Verfolgten Asylrecht gewährt, und die sicherstellt, daß das Grundrecht auf Asyl nicht durch Änderung des Verfassungsrechts ausgehöhlt wird,
- die eine Abschiebung in Krisengebiete ausschließt.

Die Arbeiterwohlfahrt wendet sich gegen diskriminierende Maßnahmen, wie

- die Versagung der Arbeitserlaubnis,
- die zwangsweise Unterbringung in Sammelunterkünften für die Dauer des Asylverfahrens,
- die pauschale Kürzung der Sozialhilfe auf das zum Lebensunterhalt Unerläßliche und die Gewährung in Sachleistungen,
- die Einschränkung der Freizügigkeit,
- die Ausweisung von Familienangehörigen Asylberechtigter, die selbst nicht asylberechtigt sind.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

**3.8 Internationale Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt**

**Zusammenarbeit über nationale Grenzen**

Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen verlaufen in den Ländern der Welt sehr unterschiedlich. Fast täglich ist die Öffentlichkeit konfrontiert mit den Problemen der Menschen in aller Welt:

- Wirtschaftliche Not, Hunger, Arbeit, Arbeitslosigkeit, soziales Elend.
- Politische, ethnische, religiöse, soziale Diskriminierung und Verfolgung.
- Mißachtung der Menschenrechte, Unfreiheit und Unterdrückung.
- Rüstung und Krieg, Gewalt und Terror und dem
- Raubbau an der Natur und Zerstörung der Umwelt.

Das erfordert internationale Zusammenarbeit. Dies führt zu einem Prozeß des gegenseitigen Lernens auf vielen Arbeitsfeldern, auch bei der Arbeiterwohlfahrt:

- Mitarbeit in internationalen Organisationen mit dem Ziel der politischen Einflußnahme.
- Förderung und Durchführung in Projekten der Entwicklungshilfe und der humanitären Hilfe.
- Erfahrungsaustausch und Mitwirkung in internationalen Fachorganisationen zur Förderung der eigenen und internationalen fachlichen Arbeit.
- Werbung für die internationalen Aufgaben als Beitrag zur Bewußtseinsbildung und Förderung des gegenseitigen Verständnisses.

Die Arbeiterwohlfahrt weiß sich gefordert, die internationale Arbeit in allen ihren Arbeitsbereichen zu unterstützen und zu fördern.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

**Internationale Sozialpolitik**

Die internationale Sozialpolitik gewinnt zunehmend an Bedeutung. Sie wird von der Arbeiterwohlfahrt stärker als bisher in die Arbeit einbezogen.

Ein Weg der politischen Einflußnahme auf international sich entwickelnde Sozialstrukturen ist für die Arbeiterwohlfahrt die enge Zusammenarbeit mit anderen nichtstaatlichen Organisationen, die ihre Arbeit aus den gleichen Grundüberzeugungen heraus leisten:

Internationales Arbeiter-Hilfswerk (IAH)

Die Arbeiterwohlfahrt hat sich mit Organisationen mit sozialer und humanitärer Aufgabenstellung aus europäischen und außereuropäischen Ländern zum Internationalen Arbeiter-Hilfswerk zusammengeschlossen. Sie sind verbunden im gemeinsamen Bekenntnis zu sozialen Rechtsstaat und fördern gemeinsam Projekte im Rahmen humanitärer Hilfe.

Assoziation Europa (AE)

Die Assoziation Europa ist ein Zusammenschluß von nichtstaatlichen Organisationen in der Europäischen Gemeinschaft. Ziel der AE ist eine gemeinsame, zeitgerechte Bildungs-, Sozial- und Kulturpolitik innerhalb der EG im Sinne von mehr Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Sie beteiligt sich durch Förderung und Koordinierung von Austauschbeziehungen, insbesondere im Jugendbereich, sowie von kulturellen Entwicklungsprojekten, fachlichem Austausch und Bildungsvorhaben in den Ländern der Gemeinschaft.

Neben den fachübergreifenden Zusammenschlüssen Assoziation Europa und Internationalem Arbeiter-Hilfswerk engagiert sich die Arbeiterwohlfahrt in einer Reihe weiterer fachbezogener Vereinigungen und Gremien internationaler Sozialarbeit.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

**Entwicklungspolitik – Entwicklungshilfe**

Hilfen der Arbeiterwohlfahrt richten sich nach den Notwendigkeiten und Bedürfnissen, wie sie von den betroffenen Gruppen bzw. Initiativen in den Entwicklungsländern nach eigenen Leitvorstellungen entwickelt werden. Die Zusammenarbeit erfolgt vorrangig mit Selbsthilfegruppen (nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen) und ist darauf angelegt, in einem langsamen Entwicklungsprozeß dauerhafte Strukturen zu schaffen, die allmählich zu einer Verselbständigung und Unabhängigkeit von ausländischer Hilfe führen. Dies ist die Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Arbeiterwohlfahrt konzentriert ihre Hilfe auf eine kleine Zahl ausgewählter Schwerpunktländer in der sogenannten Dritten Welt, in denen eine Mitarbeit besonders sinn- und wirkungsvoll ist.

**Internationale Begegnungen**

Die Arbeiterwohlfahrt trägt mit ihren internationalen Begegnungen dazu bei, Spannungen abzubauen. Die solidarische Zusammenarbeit wird gefördert, um unterschiedliche Vorstellungen verstehen zu lernen, mit ihnen umzugehen und dabei das eigene Handeln kritisch zu überprüfen.

Die Arbeiterwohlfahrt will kontinuierlich zusammenarbeiten mit lokalen und nationalen Partnern in anderen Ländern, die ähnliche politische oder fachliche Orientierungen verfolgen, aber auch mit Ländern und Partnern mit unterschiedlichen Weltanschauungen und Strukturen.

**Katastrophenhilfe**

Die Arbeiterwohlfahrt leistet in akuten Katastrophen- und Not-situationen Hilfe durch Unterstützung des Wiederaufbaus sozialer Einrichtungen und Strukturen sowie durch Lieferung von dringend benötigten Versorgungsgütern. Im Einzelfall wird geprüft, was möglich und sinnvoll ist. Hilfsmaßnahmen lindern akute Not und tragen langfristig zur Verbesserung der Situation der Bevölkerung bei.

#### 4. Verbandspolitik

##### 4.1 Rahmenbedingungen

Auch im Bereich der sozialen Hilfen und Dienste ist unsere Gesellschaft durch pluralistische Vielfalt gekennzeichnet. Öffentliche und freie Wohlfahrtspflege arbeiten partnerschaftlich zusammen.

Zeiten wirtschaftlicher Krisen führen zu einem Anwachsen sozialer Probleme und zu einem höherem Bedarf an sozialen Hilfen. Die zunehmende Verschärfung der Finanzsituation der öffentlichen Hand bewirkt Einsparungen, die vor allem zu Lasten der sozial Schwächsten gehen. Rechtsansprüche der Bürger auf Hilfe werden abgebaut oder ganz aufgegeben, Leistungsansprüche vermindert und die öffentliche Förderung der freien Wohlfahrtsverbände reduziert.

Die Arbeiterwohlfahrt wendet sich gegen eine Aushöhlung des Sozialstaates durch den Abbau von Sozialleistungen und Rechtsansprüchen. Sozialstaatliche Kernleistungen dürfen nicht abhängig gemacht werden von wechselnden wirtschaftlich-fiskalischen Rahmenbedingungen.

Die verbandspolitische Wirklichkeit der Arbeiterwohlfahrt spiegelt somit keineswegs nur ihre Grundsatzpositionen. Mit der Entwicklung zum umfassend tätigen Wohlfahrtsverband der heutigen Größenordnung gewinnen rein pragmatische Verhaltensweisen an Bedeutung. Steigender Bedarf an sozialer Hilfe, abnehmende finanzielle Förderung und die Verantwortung für die Einrichtungen und Dienste und die darin arbeitenden Menschen bestimmen den Handlungsspielraum des Verbandes. Bei der Sicherung der Finanzgrundlage treten - unter diesen Bedingungen - die Wertvorstellungen des Verbandes oftmals in den Hintergrund.

Will die Arbeiterwohlfahrt glaubwürdig bleiben und ihr traditionelles Selbstverständnis bewahren, muß dieser Entwicklung Einhalt geboten werden. Um die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit wieder zu schließen, muß unser Verband stärker als bisher für eine Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen eintreten.

##### 4.2 Die Arbeiterwohlfahrt - eine Mitgliederorganisation

Die politischen Zielsetzungen, die praktische soziale Arbeit und die verbandsinternen Umgangsformen werden keineswegs nur durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die Geschichte der Arbeiterwohlfahrt geprägt. Mindestens gleichbedeutend sind die Interessen der Mitglieder des Verbandes.

Damit ergibt sich die Verpflichtung einer sorgfältigen Auswahl neuer aktiver Mitglieder. Damit ergeben sich aber auch Forderungen an die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen. Sie müssen grundsätzliche Standpunkte der Arbeiterwohlfahrt kennen und vertreten können. Sie sollen wissen, daß die ehrenamtliche Tätigkeit eine Grundvoraussetzung für die gesamte Arbeit unseres Verbandes darstellt.

Differenzierung und Spezialisierung haben auch bei der Arbeit im sozialen Bereich dazu geführt, daß Fachleute unentbehrlich geworden sind. Immer mehr ehrenamtliche Aufgabenfelder mußten den Experten überlassen werden. Eine grundsätzlich unterschiedliche Sicht der Probleme hat die Spannungen zwischen den beiden Gruppen noch verschärft. Die Arbeiterwohlfahrt muß die Zusammenarbeit der ehrenamtlich und der hauptamtlich Tätigen verbessern. Es ist notwendig, gegenseitiges Verständnis zu fördern und den Informationsfluß zwischen beiden Gruppen umfassender und reibungsloser zu gestalten.

Hauptamtlichen Kräften muß die Bedeutung und die eigene Qualität ehrenamtlicher Arbeit deutlich gemacht werden. Es ist keineswegs so, daß grundsätzlich die - häufig sehr stark auf wissenschaftliche Methoden verengte - Sichtweise der Experten die besseren Lösungsmöglichkeiten für vielschichtige soziale Probleme aufzeigt. Lebenserfahrung, menschliche Nähe und Zuwendung bewirken oft mehr, als mit Chemie, Apparaten und wissenschaftlich begründeten Therapien erreichbar ist.

Zunehmende Freizeit vergrößert die Möglichkeiten und die Motivation sinnvoll tätig zu werden. Ehrenamtliche Arbeit und Selbsthilfe gewinnen - bei entsprechender Förderung durch die Wohlfahrtsverbände und den Staat - an Attraktivität. Die stärkere Beteiligung der Bevölkerung bei der Lösung der eigenen Probleme ist gleichzeitig ein Schritt zu mehr Demokratie.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

"Hilfe zur Selbsthilfe" bleibt der wesentliche methodische Arbeitsansatz der Arbeiterwohlfahrt. Sie weist aber ausdrücklich darauf hin, daß ehrenamtliche Arbeit und Selbsthilfe nicht zu Kosteneinsparungen mißbraucht werden dürfen. Nach wie vor gilt der Grundsatz der Vorrangigkeit der öffentlichen Verantwortung für ein menschenwürdiges Leben aller Menschen in unserer Gesellschaft.

Die Arbeiterwohlfahrt wendet sich gegen eine Überschätzung und Überbewertung des Selbsthilfe-Prinzips. Viele gesellschaftliche Grundprobleme wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Pflegenotstand oder die Krise der psychosozialen Versorgung können nicht allein oder überwiegend durch Selbsthilfe gelöst werden. Sie erfordern das Engagement starker Gemeinschaften in flexiblen und stabilen Organisationsstrukturen.

Selbsthilfe ist kein Ersatz für professionelle soziale Arbeit. Beide ergänzen sich aufgrund ihrer jeweils eigenen Qualität. Auf die Leistungen qualifizierter Fachleute kann heute nicht mehr verzichtet werden. Professionelle Arbeit schafft die Grundlage für die ergänzende Hilfe von Selbsthilfegruppen und Ehrenamtlichen.

Die Arbeiterwohlfahrt fördert Eigeninitiative und Eigenverantwortung, Selbst- und Nachbarschaftshilfe und vor allem die Schaffung kleiner überschaubarer Hilfenetze. Sie ist bereit, Selbsthilfegruppen anzuregen, mit bestehenden zusammenzuarbeiten und bietet ihnen korporative Mitgliedschaft an.

An der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Arbeit wird auch ein davon ursächlich unabhängiges Problem deutlich. Ehrenamtliche Hilfe im pflegerischen Bereich ist in den allermeisten Fällen Aufgabe der Frauen. Funktionen in der Verbandsarbeit übernehmen überwiegend Männer. Eine ganz ähnliche Verteilung ergibt sich für den Bereich der Hauptamtlichen: Auch in der Arbeiterwohlfahrt ist die geschlechtsspezifische Rollen- und Funktionsverteilung inzwischen deutlich ausgeprägt. Von Frauen gegründet und nahezu ausschließlich von ihnen aufgebaut und am Leben gehalten, bietet ihnen unser Verband heute in der Regel überwiegend ausführende Positionen.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

Als Vorkämpferin für Gleichberechtigung und partnerschaftliche Beziehungen zwischen Mann und Frau, muß sich die Arbeiterwohlfahrt spätestens heute die Frage stellen, welchen Beitrag sie selbst leistet, um diese Forderungen einzulösen. In vielen ihrer Einrichtungen arbeiten Alleinerziehende und Frauen, die neben der Arbeit noch die Familie versorgen müssen. Die Arbeiterwohlfahrt sollte die Chance nutzen und ein Beispiel geben. Sie gewinnt damit nicht nur an Glaubwürdigkeit. Damit dokumentiert sie auch die Fähigkeit zu Selbstkritik und Erneuerung. Sie kann sich deutlich von anderen Organisationen abgrenzen und erleichtert ihren Mitarbeitern die Identifikation mit ihrer Arbeit aber auch den Grundsatzpositionen des Verbandes.

Ein weiterer Punkt, der ehrenamtliche und hauptamtliche Arbeit gleichermaßen berührt, ist die Weiterbildung. Für ehrenamtlich Tätige müssen die Anstrengungen gerade in diesem Bereich verstärkt werden. Fortbildung für die Hauptberuflichen kann auch dazu beitragen die Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen einfacher und wirkungsvoller zu gestalten.

Grundsätzlich sieht die Arbeiterwohlfahrt in ihren Weiterbildungsbemühungen nicht nur eine Hilfe zur besseren Bewältigung der gegenwärtigen Lebensumstände. Bildung soll dazu beitragen die gesellschaftliche Entwicklung voranzubringen.

Die Bildungsarbeit der Arbeiterwohlfahrt darf sich nicht auf die reine Wissensvermittlung beschränken. Vielmehr muß sie zu konkretem gesellschaftlichen Handeln führen. Dies bedeutet auch eine Orientierung von möglichst vielen Menschen auf Handlungsansätze innerhalb der Arbeiterwohlfahrt, die eine konkrete Umsetzung der Bildungsziele innerhalb unseres Verbandes ermöglichen.

#### 4.3 Das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt

Die Gründung des Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt ist die grundlegende verbandspolitische Entscheidung für die Wahrnehmung der Interessen von Kindern und Jugendlichen durch einen Jugendverband.

Die Stellung des Jugendwerkes ist daher auf allen Ebenen zu stärken. Die Voraussetzungen für die Übertragung der Aufgaben in der Kinder- und Jugendarbeit auf das Jugendwerk sind zu schaffen.

Grundlage für eine erfolgreiche Jugendverbandsarbeit ist, daß alle Fragen, die die Gegenwart und die Zukunft junger Menschen betreffen, wahrgenommen werden können.

Die Arbeiterwohlfahrt muß offen sein für Initiativen junger Menschen. Dies setzt voraus, daß sie die Ideen dieser jungen Menschen in ihrem jugend-, sozial-, und gesellschaftspolitischen Engagement umsetzt.

Junge Menschen haben im Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt ein durch Satzung garantiertes selbständiges Handlungsfeld. Darüber hinaus müssen die unterschiedlichen Aufgabenfelder der Arbeiterwohlfahrt offenstehen zur aktiven Mitgestaltung und Veränderung durch junge Menschen. Nur wenn es gelingt über eingefahrene, bereits bestehende Arbeitsfelder hinaus, neue Möglichkeiten der ehrenamtlichen Betätigung zu entwickeln, besteht auch die Chance, junge Erwachsene für ein Engagement im Verband zu gewinnen.

#### 4.4 Sozialarbeit und Beratung

Bei der Lösung ihrer Aufgaben bedient sich die Arbeiterwohlfahrt ihrer praktischen Erfahrung aber auch wissenschaftlicher Erkenntnisse. Sie beteiligt sich an der Entwicklung und Koordination von sozialer Praxis und fachlicher Theorie. Durch überzeugende Beispiele, durch Aufklärung und Modelle versucht sie neue Wege zu gehen. Sie unterstützt alle fortschrittlichen Ideen und Versuche, die ihr politisch vertretbar erscheinen.

Die Arbeiterwohlfahrt mißt neben dem ehrenamtlichen Engagement der beruflichen Sozialarbeit einen hohen Stellenwert zu. Sozialarbeit muß sich dabei an den Bedürfnissen und Erwartungen der Betroffenen orientieren. Sie soll die Fähigkeiten, Motivationen und Lebensenergien der Bürger aktivieren und sie für mehr Selbstbestimmung, verantwortliches Verhalten und Beteiligung an gesellschaftlichen Aufgaben gewinnen. Formen und Methoden sind dabei in erster Linie: Einzelfallhilfe, soziale Gruppenarbeit, Familientherapie und Gemeinwesenarbeit.

Nach Lage des Einzelfalles beziehungsweise der Ausgangs- und Problemsituation von Familien liegt der unterschiedliche Schwerpunkt des beruflichen sozialarbeiterischen Handelns auf Entwicklung, Förderung, Vorbeugung, Heilung, Betreuung, Begleitung und Beistand bis hin zur Nachsorge.

Die Beratung ist ein eigenständiges Aufgabengebiet und ein unverzichtbarer Teil der Sozialarbeit. In immer komplizierterer Lebensumwelt, leistet sie nicht nur einen Beitrag als Orientierungshilfe. Beratung ist Voraussetzung für jede wirksame Vorbeugung. Für die Arbeiterwohlfahrt ist es dabei selbstverständlich, daß sich Beratung nicht allein auf die Weitergabe von Informationen beschränkt. Wo immer möglich, wird sie den Betroffenen bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche helfen.

Die Gewährleistung eines ausreichenden und pluralen Beratungsangebotes, nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den ländlichen Regionen, ist Aufgabe des Staates und der Kommunen. Dies schließt die wirtschaftliche Sicherstellung freier Beratungsdienste ein.

#### 4.5 Sozialplanung

Sozialplanung muß auch Versäumnisse politisch Verantwortlicher beim Aufbau einer sozialen Infrastruktur - besonders in vernachlässigten Stadtteilen und Regionen - aufzeigen. Sie muß zum frühestmöglichen Zeitpunkt Problemstellungen aufspüren und zur Mobilisierung möglichst vieler Kräfte (Betroffene, Verbände, Initiativen und Parteien) beitragen. Die Arbeiterwohlfahrt fordert in allen Kommunen und Kreisen die Durchführung einer Sozialplanung, die, kleinräumig und praxisnah, insbesondere die Situation sozial Benachteiligter aufdeckt. Sie bringt sich in diesen Prozeß sowohl durch ihre Sachkompetenz als auch durch aktives Handeln ihrer Mitglieder/Mitarbeiter und Mandatsträger ein.

Sozialplanung ist eine wesentliche Voraussetzung für eine zielgerichtete, koordinierte und auf Vorbeugung ausgerichtete Sozialpolitik und damit auch für soziale Arbeit. Durch sie finden unterschiedliche Lebensverhältnisse und Bedarfslagen von Bürgern und Gruppen Berücksichtigung. Sozialplanung will Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen planen und koordinieren. Sie bildet damit auch eine Voraussetzung für eine sinnvolle Zusammenarbeit der verschiedenen Träger von Einrichtungen, die im sozialen Bereich tätig sind.

Sozialplanung ist nicht nur Aufgabe staatlicher und kommunaler Stellen. Frei-gemeinnützige Einrichtungen und Organisationen sowie die Betroffenen selbst sind zu beteiligen. Nur so ist eine angemessene Berücksichtigung der Bedürfnisse der jeweils Betroffenen gewährleistet.

Die Arbeiterwohlfahrt betont: Planung darf nicht zum Selbstzweck werden. Richtlinien und Planungsgesichtspunkte sind ständig daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie noch mit menschlichen Bedürfnissen vereinbar sind.

Neben der Aufgabe, die erforderlichen sozialen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung zu stellen, besteht für die Sozialplanung die Verpflichtung, den Zugang zu den sozialen Dienstleistungen möglichst einfach zu gestalten und alle Bürger umfassend über die Hilfemöglichkeiten zu informieren.

#### 4.6 Finanzierung

Das Grundgesetz verpflichtet zu sozialer Gerechtigkeit. Fürsorge und soziale Hilfe sollen für einen Ausgleich sozialer Gegensätze sorgen und Hilfsbedürftigen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Neben Staat, Kommunen und Sozialversicherungsträgern gehört es auch zur Aufgabe der freien Wohlfahrtsverbände Hilfe zu leisten und Nöte zu lindern.

Die Arbeiterwohlfahrt geht davon aus, daß Aufgaben staatlicher und kommunaler Sozialarbeit allein aus öffentlichen Quellen finanziert werden. Das gilt auch dann, wenn ihre Ausführung durch die freien Wohlfahrtsverbände erfolgt.

Die Eigenmittel der Arbeiterwohlfahrt beschränken sich im wesentlichen auf die Beiträge ihrer Mitglieder. Daraus ergibt sich, daß der finanzielle Eigenmittelanteil an den Gesamtaufwendungen für soziale Maßnahmen und Dienste zwangsläufig gering ist. Zu einer gerechten Förderung im Sinne des Bundesverfassungsgerichts-Urteils vom 18.7.1967 zum JWG und BSHG gehört es, bei der Finanzierung von Aufgaben finanzschwächerer Träger einen Ausgleich zu schaffen. Die Arbeiterwohlfahrt fordert deshalb im Einzelfall höhere Zuwendungen an finanzschwache Träger bei der Durchführung gleicher Aufgaben. Nur so ist auf Dauer ein plurales Angebot gesichert.

Die Arbeiterwohlfahrt muß darauf bestehen, daß folgende Finanzierungsgrundsätze beachtet werden:

- Der öffentlichen Hand obliegt die Planungs- und Gewährleistungsverantwortung für soziale Hilfen und Dienste unter Beteiligung der Wohlfahrtsverbände.
- Die öffentliche Förderungspraxis muß sich problemorientierter und flexibler an aktuellen Notlagen ausrichten. Sie muß Perspektiven erkennen lassen und darf nicht, an starren Richtlinien festgemacht, am Bedarf vorbeigehen.
- Bei der Erfüllung öffentlicher Pflichtaufgaben mit Rechtsanspruch für die Bürger ist eine volle Kostendeckung unerlässlich. Der öffentliche Sozialleistungsträger ist dem hilfesuchenden Bürger gegenüber verpflichtet, die jeweilige Leistung in voller Höhe zu erbringen. Das Recht des Bürgers, Dienste nach Wahl zu erlangen, muß gewährleistet sein.
- Bei öffentlichen Aufgaben ohne individuelle Rechtsansprüche sind durch eine angemessene öffentliche Förderung die Gesamtkosten beim Erstellen und Durchführen sozialer Hilfen zu sichern.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

- Bei neuen und innovativen Aufgaben ist die Arbeiterwohlfahrt neben Eigenmitteln auf öffentliche Gelder angewiesen.
- Pflegesätze sind kostendeckend zu gestalten.
- Soweit die Arbeiterwohlfahrt öffentliche Mittel verwendet, bejaht sie ein Prüfrecht. Daraus kann jedoch keine mißbräuchliche, den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit widersprechende Mitwirkungsberechtigung staatlicher und kommunaler Stellen abgeleitet werden. Das heißt, Auflagen und Bedingungen bei der Gewährung von öffentlichen Mitteln sowie die Prüfung der Mittelverwendung müssen den Grundsätzen vertrauensvoller Zusammenarbeit entsprechen. Öffentliche Kostenträger haben die Selbständigkeit der Arbeiterwohlfahrt in Zielsetzung und Durchführung der Aufgaben zu achten.
- Die Arbeiterwohlfahrt sieht sich in der Pflicht, Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit zu beachten.
- Da staatliche und kommunale Stellen verpflichtet sind, darauf hinzuwirken, daß die zur Ausführung von Sozialaufgaben erforderlichen sozialen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig, ausreichend und qualifiziert zur Verfügung stehen, sind Investitionskostenzuschüsse erforderlich.
- Das System der Partnerschaft öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege hat die Bereitstellung staatlicher und kommunaler Globalmittel zur Voraussetzung.

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

4.7 Öffentlichkeitsarbeit

Gutes tun, reicht nicht mehr aus. Die Arbeiterwohlfahrt muß auch darüber reden.

Die anderen Wohlfahrtsverbände, zu denen unser Verband zumindest teilweise in Konkurrenz steht, haben längst begriffen, welche Bedeutung professionelle Öffentlichkeitsarbeit hat. Sie verschafft nicht nur Vorteile im Wettbewerb mit den anderen Verbänden. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit bestimmt maßgeblich das Erscheinungsbild und hat damit indirekt auch einen Einfluß auf den finanziellen Spielraum: Spenden und öffentliche Förderung bleiben keineswegs unbeeinflußt von der 'öffentlichen Meinung'. Gleiches gilt für das Ziel der gesellschaftspolitischen Veränderung. Einflußnahme setzt die Unterstützung vieler Menschen voraus. Diese Unterstützung ist aber nur dann zu erreichen, wenn der Verband einen klaren Standpunkt bezieht und seine Ziele und Leistungen in ausreichendem Umfang und verständlich darstellt.

Auch in der sozialen Arbeit ist Öffentlichkeitsarbeit unverzichtbar. Sie vermittelt Informationen, macht Zusammenhänge deutlich und weckt Bewußtsein, ermöglicht Meinungsbildung, fördert Engagement und schafft Vertrauen.

Öffentlichkeitsarbeit kann aber, auch wenn sie durch Fachleute betrieben wird, die Arbeiterwohlfahrt nicht besser darstellen, als sie wirklich ist. Das bedeutet, eine wirksame und glaubwürdige Öffentlichkeitsarbeit setzt große verbandsinterne Anstrengungen voraus. Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter, Fortbildung der Mitglieder und ehrenamtlich Tätigen und ein intensiver Informationsaustausch auf und zwischen allen Ebenen und allen Verbandsgliederungen ist unbedingt notwendig.

Der entscheidende Einfluß - damit die wirksamste Öffentlichkeitsarbeit - geht immer noch von den Menschen aus, die andere mit der Arbeiterwohlfahrt in Verbindung bringen: den Mitgliedern, die politisch aktiv werden, den Sozialarbeitern, die in Not geratenen Menschen helfen, den Ehrenamtlichen, die öffentlichkeitswirksame Verbandsarbeit leisten aber auch den professionellen Mitarbeitern, die sich in den Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt ein paar Minuten mehr Zeit für ein Gespräch mit dem Kranken nehmen, als es in den Institutionen anderer Träger vielleicht der Fall ist.



\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

*Gezielte und dauerhafte Öffentlichkeitsarbeit in den Medien ergänzt diese Bemühungen. Entscheidend für den Gesamterfolg ist, daß die Anstrengungen auf allen Ebenen gleichermaßen erfolgen. Förderlich wäre zudem ein einheitliches Erscheinungsbild aller Verbandsgliederungen.*

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

**4.8 Neue Aufgabenfelder**

*Will die Arbeiterwohlfahrt Anschluß halten an die fortschreitende Entwicklung der Gesellschaft, will sie ihren Einfluß behalten und ausbauen und will sie weiterhin in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens tätig sein, dann muß ihre Mitgliedschaft auch alle Altersgruppen angemessen repräsentieren. Vor allem Menschen im mittleren Lebensalter finden in der Arbeiterwohlfahrt bislang zu wenig interessante Betätigungsmöglichkeiten.*

*Zunehmende Freizeit und wachsendes Interesse und Engagement der Menschen bilden günstige Voraussetzungen dafür, daß verstärkte Anstrengungen unseres Verbandes bei der Suche nach neuen Aufgabenfeldern, in der Bevölkerung auch die erhoffte Resonanz finden.*

*Problembereiche sind in ausreichendem Umfang vorhanden, und es kommen ständig neue hinzu. Freizeitgestaltung, Spätfolgen von Arbeitslosigkeit, die Perspektivlosigkeit von Jugendlichen oder neue Formen der Ausgrenzung von kranken Menschen sind nur ein paar Beispiele.*

*Wirtschaftskrisen führen dazu, daß ein Verband wie die Arbeiterwohlfahrt stärker gefordert wird. Der Abbau von Leistungen im Netz sozialer Sicherung bei gleichzeitig steigendem Bedarf an Hilfe, macht es erforderlich wieder in neuen "alten" Aufgabenfeldern tätig zu werden. Die "Neue Armut" ist dafür ein Beispiel.*

*Langfristig gesehen reicht es aber nicht aus, Kleiderkammern und Suppenküchen zu unterhalten.*

*Das künftig verstärkte Engagement der Arbeiterwohlfahrt bei der Hilfe für Entwicklungsländer bietet ebenso interessante Aufgabenfelder für jüngere Menschen, wie die "Ausländerproblematik" im eigenen Land. Gerade hier findet die Arbeiterwohlfahrt viele Menschen ihrer traditionellen Zielgruppe, der Arbeiterschaft. Für die Gliederungen vor Ort sollte es in der Zukunft eine Selbstverständlichkeit sein, die ausländischen Mitbürger stärker in ihre Arbeit einzubeziehen.*

*Engere Kontakte zu Menschen jüngerer Altersgruppen ergeben sich auch durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen. Die Arbeiterwohlfahrt gewinnt dabei nicht nur neue und jüngere Mitglieder. Sie hält damit gleichzeitig den Anschluß an die fortlaufende Entwicklung und kommt mit neuen Ideen und Initiativen in Berührung.*

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

*Langfristig gesehen bietet sich der Arbeiterwohlfahrt damit die Möglichkeit, trotz knapper finanzieller Mittel, einen Beitrag zu leisten, das soziale Netz enger zu spannen und gleichzeitig die finanzielle Abhängigkeit von der öffentlichen Hand zu verringern.*

*Neue Aufgabenfelder und neue Mitglieder helfen unserem Verband, denen, die etwas tun möchten und denen, die Hilfe benötigen. Nur die Veränderung von Strukturen und Verhaltensweisen sichert die Zukunft.*

\*\*\* Fachpolitisches Programm \*\*\*

5. Ausblick

*Wissenschaftlicher Fortschritt und technische Neuerungen begründen immer schnellere tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen. Dieser Wandel drückt sich auch in einer veränderten Struktur der Arbeitnehmerschaft aus.*

*Auf dem Weg zur "Informationsgesellschaft" verliert der Produktionsbereich zugunsten des Dienstleistungssektors an Bedeutung. Deshalb und weil auch im produzierenden Gewerbe die Zahl der Angestellten wächst, wird die Arbeiterschaft immer kleiner.*

*Für die Arbeiterwohlfahrt ergibt sich damit folgendes Problem: Das eigene Selbstverständnis bewahren und dabei den Rückhalt in der Bevölkerung nicht verlieren.*

*Der freiheitlich demokratische Sozialismus ist untrennbar verbunden mit den aktiven und fortschrittlichen Teilen der Arbeiterschaft - und damit gleichermaßen mit der Arbeiterwohlfahrt. Will unser Verband an seiner Zielsetzung, dem solidarischen Zusammenleben der Menschen in einer freien und gerechten Gemeinschaft festhalten und weiterhin dafür kämpfen, daß dieses Ziel auch umgesetzt wird, dann muß er für die notwendige Unterstützung in der Bevölkerung sorgen.*

*Es ist abzusehen, daß die Arbeiterschaft weiterhin an Gewicht verliert. Deshalb muß die Arbeiterwohlfahrt auch auf die fortschrittlich denkenden Menschen anderer Bevölkerungsgruppen zugehen. Dabei ist sie aber gefordert, klar und deutlich Position zu beziehen und offenzulegen, von welchen Wertvorstellungen sie unter keinen Umständen abrücken wird. Nur so kann sie, bei neuer Mitgliederstruktur, an ihrem traditionellen Selbstverständnis festhalten.*